

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.50 M. (davon 85 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar. Preis für den Abnehmer 4.20 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsendungen 6. — M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefposttarif 5. — M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Sonntags Samstagsausgabe „Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige, unpopuläre 50 Pf. Reklamierleistung — 25 Pf. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends (20 Pf. täglich zwei Freitagabende), jedes weitere Wort 12 Pf. (Abend 11 Pf.) (Zusatzgebühr von 10 Pf. pro Wort über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgebäude Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geordneter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Dönhofs (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Tel. S. u. Tele.-Ges., Dönhofsstr., Zentraler Str. 65-66.

Schluß mit dem Lohndruck!

Sozialdemokratische Erklärungen beim Reichsfinanzminister gegen das Ergebnis des Wirtschaftsbeirats. — Senkung des Brotpreises versprochen.

Am Montag fand auf Wunsch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Reichskanzlei eine Besprechung statt. Von der Regierung waren anwesend der Reichsfinanzminister Dr. Brüning, Finanzminister Dr. Dietrich und der Arbeitsminister Dr. Stegerwald, von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Genossen Aufhäuser, Breitscheid, Herz und Hilferding. Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der eine Reihe von wirtschaftlichen Angelegenheiten standen, erbat Genosse Breitscheid das Wort, um, wie er sagte, diese erste sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an dem am Montag veröffentlichten Kommuniqué über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirats zu benutzen.

Breitscheid warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Regierung davor, daß sie die in diesem Kommuniqué niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms mache.

Er verwies dabei hauptsächlich auf die Zähe über die Lohnsenkung und das Tarif- und Schlichtungsrecht.

Während von der Preisstärkung nur in sehr allgemeinen Wendungen die Rede sei, werde die Normendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Löhne und Gehälter mit dürren Worten als unumvermeidlich bezeichnet. Es werde des Weiteren zwar erklärt, daß der Grundlag des Tarifrechts erhalten bleiben müsse, aber es folgten dann Ankündigungen von Veränderungen, die tatsächlich das Tarifrecht unterminieren würden.

Diese Zähe würden in der Arbeiterschaft große Verunsicherung auslösen, und wenn die Regierung sie zur Grundlage einer neuen Notverordnung mache, würden Spannungen entstehen, die nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben könnten.

Die Arbeiterschaft werde aus neuer den Eindruck erhalten, als ob die Lagen der Wirtschaftskrise in der Hauptsache von ihr zu tragen seien.

Die Herren Brüning und Stegerwald bemühten sich, die Anschuldigungen der Sozialdemokratie zu entkräften. Man müsse die Verkündung der Lohnsenkung im Zusammenhang mit der Erklärung sehen, daß Preise und Löhne in Abereinstimmung miteinander gleichzeitig herabzusetzen seien, aber man werde um die Lohnreduzierung angesichts der durch die englische Pfundsenkung und die erlösbildenden Zollrückstellungen bewirkten neuen Exporterschwerungen nicht herumkommen. Was das Tarifrecht anlangte, so sei das wesentliche, daß an seinem Grundlag nicht gerüttelt werde. Es handele sich nur darum, es mit Rücksicht auf örtliche, zeitliche und branchenmäßige Verhältnisse elastischer zu gestalten.

Die Genossen Breitscheid und Aufhäuser stellten fest, daß ihre Besorgnisse durch diese Erklärung keineswegs zerstreut seien.

und sie ersuchen die Regierung nochmals mit allem Nachdruck, bei ihrer Verordnungspraxis mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psychologie der Arbeiterschaft zu nehmen. Eine endgültige Stellungnahme kann natürlich erst erfolgen, wenn die Pläne des Kabinetts, das ja durch die Wünsche und Forderungen des Beirats nicht gebunden ist, feste Annahmen angenommen haben.

Eine Erklärung des ADGB.

Vom ADGB wird uns mitgeteilt: Reichspräsident Hindenburg hat in seiner Ansprache auf der Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats u. a. folgende Ausführungen gemacht:

„Wie ich in meiner Eröffnungsansprache an Sie und heute wieder der Herr Reichsfinanzminister betonte, liegt die Pflicht der Führung und des Handelns bei der Reichsregierung. Gestützt auf die hier beschlossenen Beschlüsse und die aus der Aussprache der letzten Wochen gewonnenen Erfahrungen und Anregungen wird die Reichsregierung nunmehr ihrerseits die Maßnahmen beschließen, die sie zur Wiedergewinnung unserer Wirtschaft und zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens für notwendig hält.“

Gegenüber dieser Formulierung, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte, ist festzustellen, daß der Wirtschaftsbeirat keine Beschlüsse beschloffen hat. Der Wirtschaftsbeirat konnte schon deshalb keine Beschlüsse irgendwelcher Art fassen, weil er beinahe völlig unparitätisch zusammengesetzt war. Die Vertreter der Gewerkschaften bildeten nur eine kleine Minderheit.

Die Erklärung des Reichsfinanzministers enthält daher keine beschlossenen Beschlüsse, sondern nur eine Zusammenfassung der Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats, der gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften in der Sitzung am Sonntag, dem 22. November, die abweichende Auffassung der Gewerkschaften in einer Erklärung festgestellt hat.

Aus dieser Erklärung des ADGB geht bereits hervor, daß die von uns im „Abend“ wiedergegebene Rede Grahmans nicht am Montag, sondern am Sonntag im Wirtschaftsbeirat gehalten worden ist.

Die Haltung der christlichen Gewerkschaften.

In unserer Meldung über den Ausgang der Beratungen des Wirtschaftsbeirats erzählt der Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst, der im Hause des Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheint, von unrichtiger Seite:

„In den Beratungen des Wirtschaftsbeirats vom Sonntag, 22. November, hat nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers das Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Peter Grahmann als erster der Arbeitnehmersprecher das Wort ergriffen. Er hat unter harter Betonung den Arbeitnehmersprecher zum Verlauf der bisherigen Beratungen zum Ausdruck gebracht und in durchaus verständlichen Tönen dargelegt, daß das Ergebnis der Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht befriedigen könnte. Von einem Gegenatz zur Regierungsrückmeldung ist in den Ausführungen Grahmans nicht die Rede gewesen. Für einen solchen Gegenatz ist auch gar kein Grund vorhanden. Nach Grahmann haben übrigens alle anderen Gewerkschaftsvertreter im Wirtschaftsbeirat ebenfalls ihre Meinung zum Verlauf und zum Ergebnis der Beratungen noch einmal dargelegt. Der friedliche Verlauf geht auch aus der Tatsache hervor, daß in der Sitzung des Wirtschaftsbeirats vom 22. November unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten der Reichsarbeitsminister Stegerwald in seinen Ausführungen nachdrücklich noch einmal herausgestellt hat, daß unter keinen Umständen von der Regierung daran gedacht werden wird, einseitig die Löhne und Gehälter zu senken, sondern daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, neben den gebundenen Preisen auch alle anderen Preise ebenso wie die Mieten und die Tarife für Gas, Elektrizität und Straßenbahn zu senken. Denn alle diese Posten sind für die Kostenvorteilung des Arbeitnehmerhaushalts wesentlich. Von einem unriedlichen Ende der Sitzungen des Wirtschaftsbeirats kann nach dieser Darstellung gar keine Rede sein.“

Nach der Erklärung Grahmans haben die Herren Otte von Deutschen Gewerkschaftsbund und Kossiger von den Kirchendauerlichen Gewerkschaften ebenfalls ihre starken positiven Bedenken, namentlich gegen eine weitere Schwächung der Massenkaufkraft vorgetragen.

Um Brot, Winterhilfe, Invaliden!

Die weiteren Verhandlungen mit der Regierung.

Nach den Auseinandersetzungen über die Lohnfrage, die gewissermaßen außerhalb der Tagesordnung erfolgten, brachte die Sozialdemokratie die Frage des Brotpreises zur Sprache.

Durch Reichsgeheim vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen. Trotzdem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorgesehenen Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Reichsregierung getroffen worden wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Brotpreis sich in Zukunft noch mehr erhöht, verlangte die Sozialdemokratie die Durchführung der geschiedenen Bestimmungen. Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister Schiele sagte die Reichsregierung bindend zu, daß die Brotkaufkraft nach ihrem Wortlaut durchgeführt, der frühere Brotpreis wiederhergestellt werden soll und außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verfälschung des Roggens vermieden werden soll.

Alsdann verlangten die sozialdemokratischen Vertreter Aufhäuser, Herz und Hilferding Auskunft über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über eine zusätzliche Winterhilfe getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gegenständen abgeschlossenen Vereinbarungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozial-

demokratischen Vertretern für nicht ausreichend erklärt; sie verlangten vielmehr aufs neue eine obligatorische und einseitige Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 Pf. pro Pfund beabsichtige.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erörtert und dargelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor unmittelbaren Zahlungsschwierigkeiten stehen. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notleidenden Anstalten ermöglicht, die Reichshilfsanweisungen, die der Invalidenversicherung im Vorjahre ausgestellt worden waren, mit Hilfe des Reiches, soweit erforderlich, flüssig machen zu können. Der Reichsfinanzminister sagte seine Mitwirkung bei der Behebung der bestehenden Kassenschwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu.

Mit dem Ergebnis der Verhandlungen wird sich der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag beschäftigen.

Der Wirtschaftsbeirat ist zu Ende. Ob dieses Ende friedlich oder unriedlich war, lohnt keinen Streit. Aber was weiter wird, das ist eine politische Frage erster Ordnung.

Die Versätze, die aus den Verhandlungen durch irgendein geheimnisvolles Verfahren — ohne Abstimmung! — herauskristallisiert wurden, sind für die Regierung keine zwingenden Normen. Auch die Erklärung, daß im Rahmen eines ausreichenden Wirtschaftsprogramms eine nochmalige Senkung der Löhne und Gehälter unumvermeidlich erscheint, ist zunächst nur platonischer Natur. Man kann ja schließlich die Sache auch so optimistisch betrachten wie die christlichen Gewerkschaften, die da meinen, die Regierung werde weitere Lohnsenkungen nicht zulassen, solange nicht eine entsprechende Senkung der Lebenskosten vorangegangen ist. Wir allerdings teilen diesen Optimismus nicht, wir sind der Meinung, daß es Zeit — und noch nicht zu spät — ist, Alarm zu schlagen. Darum hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die erste Gelegenheit benützt, um dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister ihren Standpunkt mit größter Deutlichkeit darzulegen.

Der Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist auch der der freien Gewerkschaften. Wir glauben sagen zu dürfen, daß im Ziel, in der Absicht, jede weitere Senkung der Reallohne zu verhindern, auch die Gewerkschaften anderer Richtung mit uns übereinstimmen. Ihnen kann es keineswegs unerwünscht sein, wenn die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften in dieser Frage der Regierung ein deutliches „Bis hierher und nicht weiter!“ zurufen.

Der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister könnten, wenn sie es noch nicht wüßten, aus den Erklärungen ihrer nächsten Freunde erfahren, wie es draußen im Lande steht. Sie könnten es aus den Erklärungen der katholischen Geistlichkeit, des Ruhrgebiets erfahren oder aus den erschütternden Zuschriften, die der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, mitunter zum Abdruck bringt. Aus ihnen geht hervor, daß der Lohn, den schwer arbeitende Menschen für ihre Arbeit erhalten, oft schon nicht mehr ausreicht, das dringendste Nahrungsbedürfnis zu befriedigen — von Kleidung und höheren Kulturbedürfnissen ganz zu schweigen.

Eine neue Aktion zur Senkung der Reallohne wäre unter diesen Umständen nicht nur eine Barbarei, nicht nur eine wirtschaftliche Sinnlosigkeit, sondern auch eine politische Handlung von nicht absehbarer verhängnisvoller Bedeutung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich zweifellos ein Verdienst erworben, indem sie an dieser gefährlichen Stelle eine weithin sichtbare Warnungstafel aufrichtete.

Mit den sonstigen Ergebnissen der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats beschäftigen wir uns ein andermal viel-

leicht ausführlicher. Einmal sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß die berühmten „Leitfäden“ über die notwendigen Abschreibungen nach den massenhaften Fehlleitungen des Kapitals, über die aufgebühten Verwaltungskosten kein Wort sagen. Die Kreditfrage wird nur aus dem Gesichtspunkt der Zinsminderung behandelt, nicht aber aus dem viel wichtigeren Gesichtspunkt, wie eine rationelle Kreditleitung zum besten Betrieb hin erfolgen könne. Schwächlich und wenig persouenerweckend ist, was über die Senkung der Kartellpreise, der Mieten, der öffentlichen Tarife gesagt wird. Hier hat man immer wieder den Eindruck, daß es sich nur um Pläne per Lemma handelt, während die „unvermeidlichen“ Lohn- und Gehaltsentfaltungen per Kasse hingenommen werden sollen.

Die Besprechungen, die die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestern mit den Herren Brüning, Schiele, Dietrich und Stegerwald hatten, scheinen uns — und das ist noch lange kein großes Lob — immer noch bedeutend fruchtbarer gewesen zu sein als die langen Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats. Erreicht worden ist in ihnen, daß die Regierung die Wiederherstellung des früheren Brotpreises und die Verbilligung der Futtermittel bindend in Aussicht stellte. Auch die Aktion der Partei für die Erwerbslosen hat insofern einen Teilerfolg zu verzeichnen, als für die Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen eine einheitliche Reichsregelung zugefagt worden ist. Auch das Fleisch soll für Erwerbslose um 30 Pfennig pro Pfund verbilligt werden. So verspricht Herr Schiele.

Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich die zusätzliche Unterstützung der Erwerbslosen mit Kohlen und Kartoffeln verlangt, die viel einfacher durchzuführen gewesen wäre als die reichseinheitliche Verbilligungsaktion. Immerhin, wenn die Regierung Wort hält, dann ist aus den Verhandlungen der Sozialdemokraten mit der Regierung wenigstens etwas herausgekommen, während aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats gar nichts herausgekommen ist.

Das sehr teilweise Entgegenkommen der Regierung kann uns darüber nicht täuschen, daß die Zeichen auf Sturm stehen. Das Schlimmste kann nur vermieden werden, wenn die Regierung auf die körperlichen Bedürfnisse und die nur zu begreifliche seelische Verfassung der Arbeiter und der Arbeitslosen die notwendige Rücksicht nimmt. Wird diese notwendige Rücksicht außer acht gelassen, so drohen Folgen, für die niemand die Verantwortung übernehmen kann!

Es ist besser, rechtzeitig mit aller Deutlichkeit zu warnen, als an den Tatsachen scheu vorbeizuschleichen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung rechtzeitig und mit aller Deutlichkeit auf den ungeheuren Ernst der Lage aufmerksam gemacht. Daß sie das getan hat, ist ein Verdienst!

Krach in Hitler-Hessen.

Neugewählte Landtagsabgeordnete werden ausgeschliffen.

Unser Parteiblatt in Darmstadt, der „Hessische Volksfreund“, veröffentlicht aufsehenerregende Nachrichten aus dem Hitler-Lager:

Am letzten Mittwoch drangen Nationalsozialisten in die Wohnung des nationalsozialistischen Kreisführers und neugewählten Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer in Offenbach ein, wobei sie Schäfers Vater in ein Zimmer sperren und Schäfers Frau verhinderten, an die Polizei zu telefonieren. Die eingedrungenen Nationalsozialisten packten das Inventar der Parteigeschäftsstelle ein und schleppten es fort, weshalb gegen sie Strafanzeige erflattet wurde.

Als Grund zu diesem Vorgehen der Parteifreunde Schäfers wird angegeben, daß Schäfer nach seiner Wahl Äußerungen getan haben soll, die das Vertrauen seiner Parteifreunde erschüttert haben sollen. Im „Hessischen Hammer“ (dem Hitler-Blatt) ist unter den gewählten Abgeordneten der Nationalsozialistischen Partei der Kreisleiter Dr. Schäfer, der an 18. Stelle stand, nicht enthalten, und unter den parteiamtlichen Mitteilungen wird bekanntgegeben:

„Hr. Dr. Schäfer hat mit Rücksicht auf seine berufliche starke Inanspruchnahme und seine Kriegsverletzung sein Mandat niedergelegt. Die Bauleitung Hessen spricht ihm für seine Arbeit den Dank aus. gez. Benz.“

Im Landtag ist, wie der „Hessische Volksfreund“ hört, eine Rücktrittserklärung des Abg. Dr. Schäfer noch nicht eingegangen.

Mit der gleichen „Freiwilligkeit“ scheinen auch die folgenden Abgeordneten der beim Wahlleiter eingereichten Kandidatenliste auf ihr Mandat verzichtet zu haben, denn sie sind in der parteiamtlichen Liste der Erwählten nicht zu finden: Kaufmann Brückmann, Auerbach, Handelsvertreter Alfred Züry, Darmstadt. Für den ausgeschiedenen Dr. Schäfer werden der landwirtschaftliche Arbeiter Friedrich Beyer II, Framersheim, und als 27. Abgeordneter ein bisher unbekannter Wagner-Obermeister Willy Luff, Neu-Heuburg, auf der Liste der Erwählten nominiert.

Wie weiter verlautet, ist auch der nationalsozialistische Spitzenkandidat Benz zurückgetreten, da er angeblich mit Arbeiten überhäuft ist.

Wer sie kennt, wählt sie nicht!

In Bughach in Oberhessen fanden am 15. November gleichzeitig mit den Landtagswahlen auch Stadtverordnetenwahlen statt. Während für die Landtagsliste der Nationalsozialisten 1019 Stimmen abgegeben wurden, stimmten für die nationalsozialistische Stadtverordnetenliste 583 Wähler. Dieser Ausfall von 44 Proz. der nationalsozialistischen Stimmen findet darin seine Erklärung, daß die Bughacher Wähler die Stadtverordnetenkandidaten persönlich kennen; was bei den Landtagskandidaten nur vereinzelt der Fall war.

Der Aktzentral des Reichstags ist zu einer Sitzung auf Donnerstag, dem 26. November, nachmittags 5 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Neuberechnung der Ausschüsse und ferner eine Anregung zur Venderung des Diätengesetzes.

Gegen das Urteil im Weibhühnenprozess, das eine Bedrohung jedweder Pressefreiheit darstellt, wird die Deutsche Liga für Menschenrechte nach im Laufe dieser Woche eine große Protestversammlung einberufen. Angehörige Journalisten sowie die Verleibiger und die Angeklagten selbst werden das Wort ergreifen.

7 Unschuldslämmer vor Gericht.

Sie wollen auch noch aus der Haft entlassen werden!

Sagen, 23. November.

Die Schickerei am Abend des 28. Mai in der Mittelstraße, bei der drei Personen getötet und zahlreiche verletzt wurden, ist Gegenstand der Gerichtsverhandlung, die heute begonnen hat. Der Prozess läuft unter dem Ruhum: Lampe und Genossen. Angeklagt sind sieben Nationalsozialisten. Nach der Feststellung der Personalien der Angeklagten stellte die Verteidigung für die sieben Angeklagten Haftentlassungsantrag. Außerhalb der Begründung des Antrages teilte die Verteidigung mit, daß im Falle der Ablehnung des Antrages sämtliche Angeklagten die Aussage verweigern würden. Als darauf die Haftentlassung vom Gericht nach längerer Beratung abgelehnt wurde, erklärten sämtliche Angeklagten, daß sie die Aussagen verweigern würden.

Der Terror in Culin.

Culin, 23. November. (Eigenbericht.)

Der Bürgermeister von Culin hat jetzt entsprechend den Forderungen der Nationalsozialisten den Besuch Culin durch auswärtige Reichsbannerleute verboten. Selbstverständlich hatte er nichts dagegen einzuwenden, daß zu der letzten Kundgebung der Nationalsozialisten ungefähr 7000 Nazis auf Lastwagen nach Culin gebracht wurden.

Die offenkundige Unterwerfung der Stadtverwaltung unter den Naziterror hat begrifflicherweise zu einer großen Empörung in der Bevölkerung geführt. Sie wird gesteigert durch weitere Terrormaßnahmen gegen Arbeitnehmer. So wurde neuerdings auf einer staatlichen Domäne ein der SPD. angehörender Oberschweizer gezwungen, aus dem Reichsbanner und der Sozialdemokratie auszutreten, weil ihm angedroht worden war, daß man ihn andernfalls sofort entlassen würde. Auch in Fassendorf bei Culin sind die Landwirte an die Landarbeiter herangetreten und haben sie aufgefordert, aus ihren Organisationen auszutreten. Da dort aber Sozialdemokratie und

Gewerkschaften beträchtlichen Einfluß besitzen, gelang es ihnen nicht, die Arbeiter unter den Terror zu zwingen.

Eine Hehlüge des „Angriff“.

Das Berliner Naziorgan, das in seiner Wurdethege kaum von einem anderen Naziblatt übertroffen werden dürfte, meldet am Montag unter einer dreispaltigen Überschrift: „Sozial-Landtagsabgeordneter wegen Mordanstiftung verhaftet“. Diese Titelseite erweckt mit Absicht den Eindruck, als ob ein sozialdemokratischer Abgeordneter irgendeines Landesparlamentes unter Mordverdacht verhaftet worden wäre. Einmal, um auf diese Weise bei flüchtigen Lesern, die sich um den Text der betreffenden Nachricht nicht kümmern, Stimmung gegen die SPD. zu machen, zum anderen aber aus sensationellem Bedürfnis.

Der Vorfall, mit dem sich das Naziblatt im Anschluß an seine verlogene Überschrift beschäftigt, spielt zunächst nicht in Deutschland, sondern in Oesterreich. Aber auch hier ist der angeblich verhaftete Sozial-Landtagsabgeordnete gar kein Landtagsabgeordneter, sondern Parteisekretär. Und dieser Parteisekretär wurde nicht, wie das Naziblatt behauptet, „wegen Mordanstiftung“, sondern wegen der Teilnahme an einem Zusammenstoß zwischen Nazis und Republikanern verhaftet. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ berichtet darüber:

„Nach der sozialdemokratischen Republikfeier in Böllersmarkt (Kärnten) kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Hakenkreuzlern und Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten hatten heimlichende Arbeiter aus Kühndorf überfallen; sie gaben mehrere Schüsse ab. Die Arbeiter setzten sich natürlich zur Wehr. Mehrere Personen wurden verletzt; unter den Verletzten waren auch zwei Hakenkreuzler. Am nächsten Tage wurden dreizehn Arbeiter verhaftet und dem Landesgericht in Klagenfurt eingeliefert; auch der Parteisekretär von Böllersmarkt, Ferdinand Webenig, wurde verhaftet. Von den Hakenkreuzlern wurde keiner verhaftet, obwohl sie die Angreifer waren und geschossen haben.“

Abgesehen davon, daß das Berliner Naziorgan über den Vorfall selbst in unverantwortlicher tendenziöser und aufheberscher Weise berichtet, ist es der Lüge insofern überführt, als auch in Oesterreich ein „Sozial-Landtagsabgeordneter, der wegen Mordanstiftung verhaftet“ worden ist, nicht existiert.

Anleihe für die Militärexpedition.

Japans Bedingungen für die Ratskommission.

Tokio, 23. November.

Nach einer Blättermeldung will das japanische Finanzministerium eine Anleihe von 35 bis 50 Millionen Yen zur Deckung der Kosten der japanischen Militärexpedition auslegen. Der Entwurf wird im Augenblick noch von der Regierung beraten. Man glaubt, daß die Anleihe schon in der nächsten Zeit aufgelegt werden wird.

Paris, 23. November. (Eigenbericht.)

Der japanische Botschafter Yoshizawa hat dem Ratspräsidenten Briand eine schriftliche Darstellung der japanischen Forderungen in bezug auf die Rolle und die Zusammenlegung der nach China zu entsendenden Studienkommission überreicht.

Danach wird verlangt, daß die Kommission nicht nur in der Mandschurei, sondern in ganz China die allgemeine Lage prüft, soweit sie die internationalen Abkommen betrifft und mit dem mandchurischen Konflikt zusammenhängt.

Die Kommission soll also folgendes feststellen:

Welcher Art sind die politischen und wirtschaftlichen Verträge? Ist es für die Kampagne gegen die Ausländer verantwortlich? Subventioniert oder empfiehlt Nanjing die Boykottmaßnahmen gegen japanische Waren? Weiter verlangt Japan, daß die Kommission weder in die Verhandlungen eingreift, die vielleicht zwischen den beiden Parteien eingeleitet werden, noch, daß sie die Truppenbewegungen überwacht. In bezug auf diese beiden Punkte besteht Japan darauf, daß die Kommission sich nicht die Befugnisse des Rates anmaßt, sondern nur einen Bericht über ihre Feststellungen ausarbeitet. Wenn Japan erklärt, daß sich die Kommission nicht mit den Truppenbewegungen zu beschäftigen habe, solle das nicht heißen, daß Japan irgendwelche Offensivpläne hege. Aber der japanische Generallstab könne genötigt sein, in der Mandschurei Defensivmaßnahmen zu ergreifen. Dasselbe gelte für China. Weiter verlangt Japan, daß

die Kommission aus hervorragenden Persönlichkeiten bestehe. Da Briand Vorsitzender des Rates sei, müßte Frankreich an erster Stelle einen Vertreter bezeichnen. Ferner müßten England und Amerika der Kommission angehören. Außerdem schlägt Tokio vor, daß der Kommission ein japanischer und ein chinesischer Vertreter zur Mitarbeit attached werden.

Diese Vorschläge hat Briand sofort dem chinesischen Delegierten Sze mitgeteilt, das Botschaftssekretariat hat Vorschläge über die Zusammensetzung und die Aufgaben der Kommission ausgearbeitet. Es handelt sich jetzt darum, einen gemeinsamen Text festzulegen, sobald China und die anderen Ratsmitglieder ihre Ansichten über die beiden Vorschläge mitgeteilt haben.

Die nordöstlich Jigitar gelegene Stadt Haitun, wo zuletzt das Hauptquartier des Chinesengenerals Ma seinen Sitz hatte, ist von den Japanern besetzt worden.

Eine „unabhängige“ Mandschurei-Regierung hat sich mit japanischer Genehmigung aufgestellt.

China verlangt Sicherungen.

Paris, 23. November. (Eigenbericht.)

Der chinesische Vertreter Sze hat dem Völkerbund im Auftrage seiner Regierung ein Memorandum über die Vorschläge betreffend die Ernennung der Studienkommission überreicht. Darin heißt es, daß eine Untersuchung, die nicht von Maßnahmen begleitet ist, die zu gleicher Zeit ein sofortiges Aufhören der Feindseligkeiten und den Rückzug der japanischen Truppen gewährleisten, von China nur als ein Ausweg angesehen werden würde, der es erlaube, die unberechtigte Befestigung chinesischen Gebiets zu dulden und während eines unbestimmten Zeitraums zu verlängern. Es sei also China unmöglich, den Vorschlag zu prüfen oder an der Ausarbeitung, des endgültigen Textes mitzuwirken, solange die vorher erwähnten Grundlinien nicht in geeigneter Form festgelegt sind.

Ladendorffs Immunität.

Staatsanwaltschaft beantragt Aufhebung.

Die Staatsanwaltschaft I hat wegen der Strafverfolgung des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Ladendorff Aufhebung der Immunität bei dem Preussischen Landtag beantragt. Gegen Ladendorff besteht der Verdacht, daß er als Vorsitzender des Aufsichtsrats an den bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz aufgedeckten Bilanzverschleierungen beteiligt ist.

In dem Fall Ladendorff erscheint uns außer der Frage der Grundbesitzerbank noch eine andere Frage sehr ausläuternd bedürftig. Gegen den verschwindenden Direktor Seiffert schwebt schon seit längerer Zeit ein Reineidsverfahren, das mit der Korruptionsaffäre von zwei wirtschaftsparteilichen Landtagsabgeordneten in Anhalt zusammenhängt. Seiffert hatte seinerzeit ausgesagt, daß er den betreffenden Abgeordneten erst nach der Abstimmung im Landtag — es handelte sich um den Verkauf der Anhaltischen Salzwerke an die Preussag — Geld gegeben habe. Tatsächlich aber hatte Seiffert dem einen Abgeordneten 20 000 M. vor der Abstimmung ausgezahlt.

Es wird nunmehr behauptet, daß Ladendorff seinerzeit mit Seiffert zusammen nach Anhalt gefahren sei und mit den inzwischen verurteilten Abgeordneten in Dessau verhandelt habe. Hier muß Klarheit geschaffen werden, ob Ladendorff an der gerichtsnotorisch festgestellten Bestechung der anhaltischen Abgeordneten aktiv beteiligt gewesen ist.

Zolle Zustände bei dem Bankhaus Marcus.

Die Untersuchungen des Kommissars Bohndorf und des Buchprüfers Landsberger bei dem zusammengetrocknen Bankhaus Mar-

cus u. Co. haben eine beispiellose Mißwirtschaft aufgedeckt. Es herrscht ein derartiger Wirrwarr in der Führung der einzelnen Konten, daß eine große Anzahl Angestellter fortgesetzt zur Aufklärung vernommen werden muß.

Wie die Untersuchung bisher ergeben hat, haben die Bankiers Marcus und Schreiber mit einer gewissen Sorglosigkeit Sondergleichen ihre eigenen Gelder mit den Geldern ihrer Kunden zusammengeworfen und mit den ihnen anvertrauten Summen ihr luxuriöses Leben finanziert. Bei Marcus besteht der Verdacht, daß er größere Kapitalien an Wiener Geschäftsfreunde und mit Hilfe einer Freundin anderweitig ins Ausland verschoben hat.

Am Fliegerprozess nicht interessiert.

Kein Straf Antrag Italiens gegen die Konstanzler Flieger.

Rom, 23. November. (Eigenbericht.)

Die italienische Regierung teilt mit, daß sie keinen Antrag auf Strafverfolgung der in Konstanz verhafteten Antifaschisten-Flieger gestellt habe und auch keinen Antrag stellen werde. Sie sei an dem Prozessverfahren gegen die Flieger desinteressiert.

Die Flieger werden sich nur wegen Fahrlässigkeit zu verantworten haben.

Spanische Präsidentenwahl Mitte Dezember. Man rechnet in Madrid damit, die Debatte in den Cortes über die Verfassung so rechtzeitig beenden zu können, daß die Wahl des Präsidenten am 10. Dezember stattfinden kann. Alcala Zamora ist der einzige Kandidat. Seine Wahl ist so gut wie sicher.

Mieter am Verzweifeln.

Die Hälfte des Einkommens geht für Miete drauf.

Die vom „Vorwärts“ vor kurzem gekennzeichnete Erregung in den Berliner Mieterkreisen hat sich in den letzten Tagen nicht befähigt, sondern ganz erheblich verstärkt und man darf annehmen, daß der Höhepunkt bei weitem noch nicht erreicht ist. Das geht z. B. auch aus einer Aeußerung hervor, die das Bundesvorstandsmitglied Uhlig vom Bund Deutscher Mieter in Dresden in einer Mieterversammlung des Mieterverbandes Schöneberg tat. Uhlig teilte mit, daß die Bundesleitung entschlossen sei, im Interesse einer sozialen Wohnungswirtschaft und des Wiederaufbaus von Staat und Wirtschaft die Mieterschaft in allen Teilen des Reiches zu großen Kundgebungen aufzurufen.

Das bedeutet also, daß wir erst am Anfang einer allgemeinen Mieterprotestbewegung stehen, einer Bewegung, der auch der Reichsbund Deutscher Mieter in Kürze mit starken Impulsen nachhelfen wird. Weiterhin aber sagte Uhlig, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß die Reichsparteileitung der Wirtschaftspartei vom Reichskanzler Brüning angeblich die Zusage auf Aufhebung des Mieterschutzes erhalten habe, es sei in solchen Notzeiten mehr denn je wichtig, daß alle Kreise der Mieterschaft ohne Rücksicht auf Partei und Beruf gegenüber den Forderungen des Hausbesitzes eine geschlossene Front bilden müssen. Dazu einige Worte.

Daß die Mieter zusammenhalten müssen, wenn sie berechtigten Forderungen durchsetzen wollen, ist notwendig und selbstverständlich. Sollte aber, so muß man sich fragen, den vielen den Rechtsparteien — Deutschnationale, Volkspartei und Nationalsozialisten — angehörenden und nahestehenden Mietern noch niemals aufgefallen sein, daß diese ihre Parteien im Grunde genommen mieterfeindlich und ausgesprochen hausbesitzerfreundlich eingestellt sind? Wollen also diese Leute in ihren Parteien bleiben, so müssen sie gefälligst mit aller Energie bei ihren Parteileitungen vorstellig werden, daß diese in den Reichs-, Staats-, Kreis- und Stadtparlamenten endlich auch die berechtigten Mieterinteressen vertreten! Wenn sie aber glauben, daß das aussichtslos und zwecklos ist, dann sollen sie sich zu der Einsicht bequemen,

daß es immer noch die Sozialdemokratie ist, die nach wie vor als zur Zeit stärkste deutsche Mieterpartei die Rechte und Interessen der deutschen Mieter in den Parlamenten, den Ausschüssen und in aller Öffentlichkeit energisch und erfolgreich wahrnimmt.

Ist dem so — und die Tatsache wird nicht gut bestritten werden können —, dann wird man auch von den leitenden Persönlichkeiten der Mietervereine voraussetzen und erwarten dürfen, daß sie trotz aller Ueberparteilichkeit der Mietervereine darauf hinweisen, daß es in erster Linie doch immer noch die Sozialdemokratie und ihre Presse ist, die Verständnis für die ufermehlich werdende Not der Mieter hat und jederzeit bereit ist, sich für ihre Forderungen einzusetzen. Daraus folgt, daß die nicht-sozialdemokratischen Mieter die unbedingte Pflicht haben, ihre Presse und ihre Partei aufs schärfste zu kontrollieren und unerbittlich zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie etwa aus demagogischen Gründen der Sozialdemokratie in den Rücken fallen oder ihre Anträge zu Fall bringen. Gerade in der Mieterbewegung ist es möglich, ein bedeutendes und sehr notwendiges Stück politischer Reinigung zu vollziehen. Die Sozialdemokratie aber als einzig wahre Mieterpartei anerkennen, bedeutet andererseits die Notwendigkeit, ihr durch Stimmen und Mitgliedschaft in den Parlamenten die Macht zu geben, Mieterforderungen parlamenta-

risch — anders lassen sie sich doch nicht durchführen — auszuführen. Gerade jetzt ist der Zeitpunkt günstig, wo der Hausbesitzerhöppling Labandorf, der sich das letzte Jahrzehnt darin gefallen hat, die Sozialdemokratie als härteste und energiegelteste Mieterpartei aufs schändlichste bekämpfen zu lassen, eine vernichtende Niederlage erlitten hat.

Es liegen uns eine Anzahl Berichte von bedeutenden Mieterversammlungen vor. In zwei Versammlungen, in Lichtenberg und in Schöneberg, sprach der Landesvorsitzende Gramse, in Pankow sprach der bekannte sozialdemokratische Landgerichtsdirektor Ruben und in Wilmersdorf Rechtsanwalt Dr. Gochel. Die Roterordnung vom 6. Oktober 1931 wurde scharf kritisiert, sie bedeutet, so hieß es, für den Hausbesitzer eine Rentenerhöhung, die jährlich mehrere hundert Millionen Mark ausmacht. Der preussische Wohlfahrtsminister Hirschiefer (Z.) hat 1926 eine Erhöhung der Mieten mit der Begründung gefordert, daß 10 Proz. Mieterhöhung eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 2 Proz. entspräche. Jetzt, nachdem die Einkommen tief gesenkt sind, ist eine entsprechende Senkung der Mieten nicht erfolgt; sie muß aber kommen und muß bald kommen, denn die Not ist ungeheuer. Der zehntausenfache Zusammenbruch der Familien und ihrer Haushalte muß den Zusammenbruch der Wohnungswirtschaft zur Folge haben. Verschiedene Redner wiesen nachdrücklich auf den unhaltbaren Zustand hin, daß der Hausbesitz nach wie vor die in der Miete enthaltenen Reparaturbeiträge nicht für Reparaturen verwenden; sie betrachten meistens diese Beiträge als Rente, von der sie leben. Würde sich die Reichsregierung endlich entschließen, einen Zwang auf die Herausgabe dieser Reparaturzuschüsse auszuüben, so würden über 100 000 arbeitslose Arbeiter Beschäftigung finden. Im anderen Fall aber könnten diese Beiträge zur Senkung der Miete verwendet werden. Es ist weiterhin ein

unmöglicher Zustand, wenn, wie festgestellt, in einer Neubausiedlung 70 Proz. der Mieter bis zu 50 Proz. ihres Einkommens für den Mietzins verwenden müssen.

In den gestrigen Entschliessungen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Mieterschaft mit Bedauern feststellen müsse, daß die vom Reichskanzler Brüning vor dem Reichstag betonte Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Lastenverteilung in der praktisch geübten Wohnungspolitik den Tatsachen nicht entspreche. Die Forderungen der Mieter gehen auf Senkung der Mieten für Wohn- und Gewerberäume, Angleichung der Neubausiedlungen an die Altmieten, Verwendung ausreichender Mittel aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Eine im Norden Berlins von den Mietern der Friedrich-Ebert-Siedlung abgehaltene Versammlung (Redner Gustav Bauer) verlangte, daß bis zum Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse die Verzinsung von Hauszinssteuer und Zufahrtssubventionen ausgesetzt wird, daß die Stadt Berlin die Grundvermögenssteuer nicht erhebt und daß die durch solche Maßnahmen eingesparten Beträge für die Mietenentlastung verwendet werden.

Raubmörder in Berlin gesucht.

In Hamburg wurde am vergangenen Sonnabend in ihrer Wohnung am Mühlenkamp 42 die 68 Jahre alte Frau Marie Fink ermordet aufgefunden. Die Tat ist vermutlich von einem etwa 25 Jahre alten Bettler verübt worden, der kurz vor der Entdeckung des Verbrechens fluchtartig das Haus verließ. Dem Räuber ist ein Bargeldbetrag in die Hände gefallen und es wird vermutet, daß er sich nach Berlin gewandt hat. Die Berliner Kriminalpolizei ist um Mitfahndung gebeten worden.

Kampf aller gegen alle.

Traurige Folgen schwerer Familienzwiste.

Eine Familie lebt in Jank und Streit. Der Mann von der Frau getrennt, der ältere Sohn, Besitzer eines Fuhrgeschäfts, hält zur Mutter, bewohnt mit ihr ein Haus in einer Siedlung. In unmittelbarer Nachbarschaft hat der Mann seine Laube. Man bedroht einander, beschimpft sich gegenseitig. Der jüngere Sohn, erst 20jährig und verheiratet, verliert zu schlichten, leidet unter dem ewigen Hader und hält zum Vater. Eine Zettlung arbeitet er beim Bruder, sie können sich aber nicht vertragen. Der Jüngere, der sich eben erst mit der Mutter ausgeföhnt hat, wird von ihr aus dem Hause gewiesen. Die Herausgabe seiner Sachen muß er durch Gerichtsbeschluss erzwingen. Er ist arbeitslos und leidet mit Frau und Kind Not.

Am 22. Juni d. J. besucht der Vater seine Laube, er begegnet seinem älteren Sohn Georg, der gerade damit beschäftigt ist, Pflastersteine abzuladen. Zwischen Vater und Sohn kommt es zu einem Streit, der Sohn mißhandelt den Vater mit einer Peitsche, dieser läuft voll Erregung in seine Laube zurück, der jüngere Sohn Eugen ist zufällig zur Stelle. Der Vater klagt ihm sein Leid, Eugen ergreift den Selbstschußapparat und läßt mit dem Vater, um Georg die „Jacke voll zu hauen“. Georg wird von der Mutter gewarnt, ist gerade mit seiner Arbeit fertig, fährt aber nicht einen Weg, der ihm gestattet hätte, Vater und Bruder aus dem Wege zu gehen, sondern fährt ihnen direkt entgegen. Der alte Mann kann noch im letzten Augenblick ausweichen, Eugen springt auf das Trittbrett. Es gibt einen Knall. Georg und sein Mitfahrer hatten gerade noch Zeit, den Kopf niederzubeugen, sonst hätten sie die Schrotladung ins Gesicht bekommen. Die Antlitz gegen Eugen lautet auf Totschlag.

Vor dem Landgericht III marschierten sämtliche Familienmitglieder auf. So viel gegenseitigen Haß hat man in Moabit schon lange nicht erlebt. Nun verstand man, daß der friedfertige, nervenschwache Eugen sich in diesem Mitleid nur allzu leicht zu seiner Tat hatte hinreißen lassen. Wie es zur Auslösung des Schusses gekommen war, dessen wollte er sich nicht entsinnen. Im Gerichtssaal erlitt er einen Ohnmachtsanfall. Als der Staatsanwalt zwei Jahre Gefängnis beantragte, flossen ihm die Tränen. In seinem Schlusswort bot er um Freispruch oder um ein ganz mildes Urteil, damit seine Frau und Kinder wegen seiner Tat nicht noch weiter zu leiden hätten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen verübten Totschlages zu 9 Monaten Gefängnis, lehnte jedoch eine Bewährungsfrist ab, hob aber den Haftbefehl auf.

Ungetreuer Bankkassierer.

In sechs Jahren 60000 Mark unterschlagen.

Durch eine Revision ist die Direktion der Commerz- und Privatbank größeren Unterschlagungen eines Depositenkassierers auf die Spur gekommen. Der ungetreue Beamte, ein 30 Jahre alter Fritz P. aus Niederschönhausen, hat in einem Zeitraum von sechs Jahren rund 60 000 M. unterschlagen. P. war in der Depositenkasse Panlow der Commerz- und Privatbank als Kassierer und stellvertretender Vorsteher angestellt. Schon vor Jahren machte sich P. durch Ausgaben verdächtig, die mit seinem Einkommen nicht in Einklang zu bringen waren. Er kaufte sich u. a. ein teures Privatauto und schaffte sich eine luxuriöse Wohnungseinrichtung an. Um alle Bedenken von Kollegen und Bekannten zu zerstreuen, erzählte er, daß er durch seine Heirat in den Besitz größerer Barmittel gekommen sei. Das alles stellte sich jetzt als Schwindel heraus. In geschickter Weise hatte P. zahlreiche Quittungen gefälscht und in seinen Büchern falsche Eintragungen vorgenommen. Durch einen Zufall kam man dieser Tage hinter die Veruntreuungen. P. wurde



Familie Soriot
Roman von Eise Möbus

„Aber ja, natürlich. Wenn du noch was Besonderes tun willst für deinen Heldenbruder, dann red' ein paar Worte mit dem Unteroffizier. Für so was ist er sehr empfänglich. Aber jetzt werd' ich schnell meine Kohlen fertig schaufeln!“
Mit zwei Sprüngen war er wieder auf dem Wagen.
Germaine trat etwas beiseite. Ihre Augen folgten dem Bruder, der mit kräftigem Schwung eine Schaufel Kohlen nach der anderen herunterwarf. Daheim hatte er niemals körperliche Arbeit geleistet. Aber hier schien er ganz vergnügt zu sein über diese Tätigkeit. Seltsam war das. Zwei so fernstehende, verschiedenartige Welten gingen hier scheinbar auf eine ganz selbstverständliche Weise ineinander über. Aber dem Dr. jur. neben ihm schien die Arbeit schwerer zu fallen. Er atmete stöhnend und wuschte sich mehrere Male nervös die Stirn. Germaine warf ihm einen mitleidigen Blick zu. Ihr war, als hätte sie sein Gesicht schon einmal irgendwo gesehen, aber sie konnte sich nicht besinnen, wo es gewesen sein mochte.

Endlich wandte sie sich ab und zog ihr kleines silbernes Zigarettenetui aus der Handtasche. Mit liebenswürdigem Lächeln ging sie auf den Unteroffizier zu: „Darf ich mir erlauben, Herr Unteroffizier? Mein Bruder hat mir soviel Angenehmes von Ihnen erzählt. Ich freue mich sehr, Sie kennenzulernen!“

Die Rekruten rüsteten sich zum Abmarsch.
„In einer Stunde bin ich im Café Werther — dann haben wir den ganzen Abend für uns. Fein hast du das gemacht!“ Walter lächelte über das ganze Gesicht.
Germaine winkte ihm zu, bis sie ihn nicht mehr sehen konnte. Dann schlug sie eine der Kasernen entgegengesetzte Richtung ein.
Sie atmete auf, als die Gleise zu Ende gingen. Breite Straßen, einformige Häuserzeilen, dazwischen ein schmaler Streifen grüner Rasenfläche — na, eine veranschaulichte schöne Stadt war das gerade nicht. So steif und einformig, so beamtenhaft und nichtern. Eine richtige Residenzstadt.

Langsam schlenderte Germaine einem großen Platz zu, auf dem ein Denkmal stand.

Kaiser Wilhelm dem Großen.
Seine dankbaren Landeskinder.
1870/71.

Die anderen Seiten des Sockels waren mit den Namen von Gefallenen bedeckt. „Süh und ehrenvoll ist es, fürs Vaterland zu sterben!“ Und „Selig seid Ihr, die Ihr Euer Leben gabet für die Brüder!“ Germaine las die Inschriften. Trübe lächelte sie vor sich hin. Fast ein halbes Jahrhundert lag zwischen dieser Zeit und dem Heute, und doch immer hatte sich nichts verändert. Immer noch wurde die Jugend blutig und grausam hingeopfert, im Namen des Vaterlandes, im Namen der Kultur, und an Stelle des warmen, pulsierenden Lebens haute man tote Denkmäler. Auch am Ende dieses Krieges würde man Steine aufschichten und Reden halten, Bannerschiffe abschießen und Trommelwirbel schlagen zum Gedächtnis der Erschossenen, der Zerlegten und Vergifteten.

Germaine starrte auf den geschliffenen Granitsockel, auf die endlose Namenreihe. Und plötzlich war es ihr wie eine seltsame Vision. Diese Namenreihe pflanzte sich fort in der Luft, ein unheimliches, geisterhaftes Band, das Himmel und Erde miteinander verknüpfte. Unter der Millionreihe aber befand sich auch der Name Walter Soriot.

Ein eisiger Schauer packte Germaine. Gewaltig riß sie sich zusammen. Nur nicht einem solchen Gedanken Raum gewähren. Sondern jetzt hieß es, alle Wünsche, alle Gedanken, alles, was an seelischer Kraft überhaupt in ihr war, darauf zu konzentrieren, daß Walter am Leben blieb!

Mit raschen Schritten ging sie weiter. Wenige Straßen noch, dann begann das Geschäftsviertel, das Reich der Hotels und Warenhäuser, der Restaurants und Läden. Germaine blieb stehen und betrachtete gedankenlos die Auslagen. Dann betrat sie das kleine Café am Marktplatz, das ihr Walter als Treffpunkt bezeichnet hatte und setzte sich an einen Tisch in der Fensternische, von der aus sie jeden Eintretenden erblicken konnte.

Sie brauchte nicht lange zu warten. Fröhlich, mit einem Ausdruck kindlicher Freude, wie ihn Germaine schon seit langem nicht mehr an ihm gesehen hatte, kam Walter auf sie zu.

„Ich habe meinen Freund mitgebracht. Darf ich dir den Rekruten, weißt du Herr Dr. jur. Weigelt vorstellen? Eigentlich kennst ihr euch zwar schon lange, er war zwei Klassen über dir, Germaine, und hat dich damals sehr angeschlossen.“

Aber du mit deinem furchtbaren Personengedächtnis wirst ihn längst vergessen haben.“

Germaine lachte. „Ja, das ist mein alter Mangel. Ihr Gesicht allerdings ist mir vorhin schon bekannt vorgekommen. Jedenfalls freue ich mich, daß Sie meinem Bruder hier so treu zur Seite stehen.“ Sie reichte ihm herzlich die Hand.

„Ja, wir sind Freunde geworden in diesen paar Wochen, das kann ich wohl sagen. Ich bin zwar einige Jährchen älter als Walter, aber das stört unser gutes Einvernehmen nicht im geringsten.“

„Ach, Germaine, was das ein Umschwung für mich war, das kannst du dir ja nicht denken! Ich habe dir in meinen Briefen zwar davon geschrieben, aber wie es in Wirklichkeit war, das kann man bloß mündlich erzählen. Ich froh doch in der ersten Woche jeden Abend wie ein geprügelter Hund in die Klappe, und morgens war ich wie zerklüftet. Es war fürchterlich. Und dazu diese Behandlung! Was hat mich der Unteroffizier angeschauzt, was hat er mir für Schimpfnamen gegeben! Das läßt sich überhaupt nicht aussprechen. Nicht wie Menschen, sondern wie Vieher sind wir behandelt worden, was, Hans!“

Der nickte mit melancholischem Gesicht. „Man hat uns gedrillt wie die Affen, ich kann nicht anders sagen. Und doch haben wir's geschafft, Walter noch besser als ich! Ihr Bruder entwickelt sich hier zu einer Fierde der ganzen Kompagnie, es ist einfach fabelhaft. Vorgestern haben wir einen 60-Kilometer-Marsch gemacht, in glühender Sonne, über Mittag nur eine halbe Stunde Pause. Von mir und allen anderen, die schlapp machten, will ich schweigen. Wer aber rettete die Ehre des ganzen Regiments, indem er zwei Kilometer vor dem Ziel als freiwillige Ordnungsmann im Dauerlauf ins Städtchen lief? Walter Soriot, Abiturient, künftiger großer Erfinder und Dr. Ing., zur Zeit Kriegsfreiwilliger. Ein großartiges, gefundes Herz mußt du haben, Walter, sonst hättest du das nicht ausgehalten!“

„Es ist nicht nur körperlich bei mir bedingt“, sagte Walter. „Weißt du, Germaine, es ist für mich auch seelisch ein ungeheures Erlebnis, daß ich, der ich nie besonders kräftig war, nun hier so gut durchhalten kann. Wir sind ja alle ganz falsch und einseitig erzogen. Immer hinter dem Büchertisch, und vom sechsten bis zum vierundzwanzigsten Lebensjahr in den Schulstufen! Das ist doch einfach Blödsinn! Ich sage nichts gegen das Studium, ich will ja auch studieren, aber man sollte doch auch ein bißchen was mit seinem Körper anzufangen wissen. Man sollte irgendetwas Handwerk können, damit man praktisch etwas von den Dingen versteht.“ (Fortf. folgt.)

festgenommen und aufs Volkspolizeiamt gebracht. Hier legte er ein volles Geständnis ab. Nachdem er gestern nachmittags auch vor dem Vernehmungsrichter seine Verfehlungen zugegeben hatte, wurde K nach Moabit übergeführt. Das unterschlagene Geld hat P. restlos verbraucht.

800 Kinder musizieren.

Masskonzert Berliner Volksschüler. — Ein siebenjähriger Dirigent.

Ein eigenartiger, ungewöhnlicher Anblick: auf dem großen Konzertpodium der staatlichen Hochschule für Musik, Hardenbergstraße wimmelte es von hunderten kleiner Leute und alle machen sie Musik.

Horne haben die Dreitägige Aufführung genommen, ihre Wangen blähen und röten sich zur Hergabe der notwendigen Luft für die Mundharmonika, dann kommen größere Mädchen, die mit geschickten Fingern Gitarren- und Mandolinensaiten zupfen, wieder ein paar Reihen weiter erklingt flottes Geigenpiel, hier dominiert die männliche Jugend. Bass, Bratsche, Flöte, alles ist vorhanden und am Konzertflügel messern zwei weißgekleidete Miniaturpianistinnen die Tasten. Es werden viele hübsche Schul- und Volklieder gespielt und mit Gesang begleitet, auch einen Dirigenten von ganzen sieben Jahren triegt man zu sehen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Schulkonzepteleiter Groß-Berlin zeigte hier erstmalig im großen Rahmen ihre Arbeit den Lehrern und Schulbehörden, bisher fanden Aufführungen nur in Bezirksveranstaltungen und auf Elternabenden statt; nach ministeriellen Richtlinien vom März 1927 soll der Musikunterricht in den Schulen auch auf das Instrumentalspiel erweitert werden und es haben sich daraufhin an vielen Berliner Schulen Schulorchester gebildet; Lehrer und Schüler sind freudig bei der Sache, das ließ sich auch an diesem Abend aus den wirklich schönen Erfolgen feststellen. Die Mundharmonika als das billige und leichtest erlernbare Musikinstrument spielt bei dem Instrumentalunterricht die führende Rolle. Arthur Marquardt, der Dirigent des bekannten Mundharmonikaorchesters „Stern“, der an diesem Abend gleichfalls mitwirkte, hat sich für den Schulunterricht besonders eingelegt, er bildet auch Lehrkräfte unentgeltlich aus und ist der musikalische Leiter der Arbeitsgemeinschaft. Vom Hilfsleiter, der die Akkorde in Form von römischen Ziffern auf die Notentafel geschrieben erhält, bis zum künstlerisch begabten Kind war alles vertreten; darunter die weltliche 18. Volksschule in Adlershof, sowie die 45./46. Neutöllner Volksschule, wo Lehrer und Schüler gemeinsam die Leitung innehoben. Der Eifer und die Freude aller der festlich gekleideten kleinen Musikanten erbrachte den Beweis von der noch jeder Richtung fördernden Wirkung dieses Unterrichtsfaches.

Prof. August Bier.

Zu seinem 70. Geburtstag.

Professor August Bier, der Direktor der Berliner chirurgischen Universitätsklinik, feiert heute seinen 70. Geburtstag. August Bier ist einer der großen Ärzte seiner Zeit, ein Forscher, Operateur und akademischer Lehrer von hohem Range, ein Mann, der die Entwicklung der gesamten Medizin, nicht etwa nur seines Faches, der Chirurgie, richtunggebend beeinflusst hat. Seine Auffassungen von dem Wesen der Entzündung und vom Fieber als Heilfaktor haben allgemeine Gültigkeit erfahren. Die Stauungsbehandlung („Bierische Stauung“) wird auf der ganzen Welt zum Nutzen der Kranken angewandt. Als sehr segensreich hat sich auch die Lumbalanaesthetik erwiesen, die Bier eingeführt und an sich selbst als erstem erprobt hat. Spritzt man in den Lendenmarkraum eine betrübende Flüssigkeit, so kann man an der auf diese Weise unempfindlich gemachten unteren Körperhälfte unter Verzicht auf eine Einleitungsartlose Operationen vornehmen. Der Behandlung der Knochen-, Gelenk- und Drüsenerkrankungen hat August Bier neue Bahnen gewiesen. Er, der Chirurg, hat die blutigen Methoden bei der Behandlung dieser Krankheiten für die große Mehrzahl der Krankheitsfälle durch unblutige ersetzt. August Bier hat die Heilkraft der Sonne, der freien Luft, der künstlichen Strahlen, der Liegeluren, der Gymnastik und der Diät bei der Behandlung der Knochen-, Gelenk- und Drüsenerkrankungen als einer der ersten erkannt und angewendet. Das Berliner Städtische Institut für Knochen- und Gelenkerkrankheiten, das auch über eine Freiluftschule verfügt, hat sich nach seinen Anregungen und unter seiner steten Förderung entwickelt.

August Bier zählt jetzt 70 Jahre, ist aber nicht alt. Eristantlich sind seine körperliche Mäßigkeit und seine geistige Spannkraft. Als Mediziner und Biologe hat er sich immer wieder, bis in die letzte Zeit hinein, als ein origineller Kopf voll neuartiger Gedankenansätze und schöpferischer Ideen gezeigt. Die Körperkulturbewegung verdankt ihm unendlich viel: Die Deutsche Hochschule für Leibesübungen ist sein Werk. Auch mit der Medizingeschichte, mit dem Wesen der Homöopathie, mit Botanik und Agrilkulturchemie, mit Tier- und Pflanzenzucht hat sich August Bier ausgiebig beschäftigt und auch auf diesen der Chirurgie weiter entfernten Gebieten viel Erfolg und Anerkennung gefunden.

Die Unterschiedlichkeit in seiner politischen Einstellung hindert nicht daran, dem verdienten und lebenswürdigen Ärzte und Forscher heute Dank zu sagen und Glück zu wünschen. Dr. A. K.

Was will Herr Groener?

Unter dieser Epithete untersucht Valentin Vatan in der neuesten Nummer des „Arbeiterfunk“, des offiziellen Organs des Arbeiter-Radiobundes, den inzwischen wieder beigelegten Rundfunkkonflikt zwischen dem Reich und Preußen und richtet zum Schluss folgenden beachtenswerten Appell an die Mitglieder des Arbeiter-Radiobundes Deutschlands:

Politische Fragen sind Nichtfragen. Wir haben inselgedessen aus dem Vorkommnis die Lehre zu ziehen, unsere politische Macht zu stärken. Unsere Mitglieder müssen wissen, daß sie sich den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzuschließen haben. Die rundfunkführenden Mitglieder dieser Organisationen gehören wiederum in den ARB. So stärken unsere organisatorische Macht, desto leichter werden wir reaktionäre Angriffe auf den Rundfunk abzuwehren wissen.

Geheimnisvoller Mord in Pommern.

Rittergutsbesitzerfrau durch Selbstschußanlage getötet.

Ein bisher noch vollkommen ungeklärter Mord hat sich auf dem Rittergut Buggow bei Greifswald in Pommern, das einem Herrn v. Hennigs gehört, abgespielt. Die Ehefrau des Rittergutsbesitzers ist auf geradezu geheimnisvolle Weise durch den Schuß aus einer Selbstschußanlage getötet worden. Die Mordkommission der Stettiner Kriminalpolizei bemüht sich, Licht in das Dunkel der Tragödie zu bringen.

Am Sonnabend hatte sich Frau v. Hennigs mit ihrem Mann und seiner Sekretärin zu dem etwa 15 Minuten von dem Gut in einem Wald gelegenen Erbegräbnis der Familie begeben, um aus Anlaß des Latenfestes Kränze niederzulegen. Nachdem alle drei Personen die Grabstätte besucht hatten, ging Frau v. H. ein wenig abseits in den Wald, um noch einige Tannenreiser zum Ausschmücken der Gräber zu holen. Plötzlich trahnte ein Schuß und Frau v. H. sank schwer getroffen mit einem Schrei zu Boden. Ein Täter war weit und breit nicht zu entdecken, wohl aber konnte alsbald festgestellt werden, daß Frau v. H. beim Stehen an einem über den Weg gespannten von ihr nicht gesehenen Zwirnsfaden gezerzt hatte, wodurch aus einer in der Nähe in Baumzweigen angebrachten Gewehr der Schuß gelöst wurde, dem bald darauf die unglückliche Frau erlag.

Seit Sonntag mittags weilt die sofort herbeigeholte Stettiner Mordkommission am Tatort und hat umfangreiche Vernehmungen eingeleitet. Ueber die Tat und die Täter herrscht noch völliges Dunkel. Zunächst wurde angenommen, es handele sich um einen Wilderer. Dieser Auffassung stand von vornherein die Tatsache entgegen, daß seit langer Zeit Wilderer in dem betreffenden Bezirk nicht beobachtet wurden, und daß die ganze Anlage auch nicht als Wildererjalle angelegt war. Das an drei Bäumen mit Striden befestigte Gewehr, ein umgearbeiteter Karabiner Modell 98, war

am Abzugshahn mit einem Bindfaden versehen worden, der um einen Stecker lief und mit einem fünf Meter langen starken schwarzen Zwirnsfaden verknüpft war, der sich in 60 Zentimeter Höhe über den Weg spannte. Der Täter befindet sich nur etwa 20 Meter weit vom Waldbesand entfernt dicht bei dem Erbegräbnis. Die Schußanlage konnte höchstens ein bis zwei Tage vorher eingerichtet worden sein. Auch dieser Umstand deutet auf ein planmäßiges Verbrechen hin, weil ein Wilderer eine wertvolle Waffe wohl kaum an einer so oft begangenen Stelle preisgegeben hätte, ganz abgesehen davon, daß in der Nähe des Erbegräbnisses nur selten Wild beobachtet wird. Die Vernehmungen werden voraussichtlich noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Die ermordete Gattin des Gutsbesitzers Hennig ist durch den Schuß in der Nähe der Wirbelsäule, und zwar vermutlich durch einen Querschläger, tödlich verletzt worden. Die Öffnung der Leiche findet am Montag nachmittags in Anklam statt.

108jähriger Bettler ermordet.

Thorn, 21. November.

In Wolska wurde der 108jährige Jan Kaczmarek, der sein Leben als Bettler fristete, ermordet. Seine Leiche fand man auf dem Boden des Hauses, in welchem er seit einigen Jahren wohnte. Am Kopfe hatte er zwei große Wunden, die von einer Art herrühren. Die Wörder haben ihrem Opfer, als es nach den Krücheln noch schwache Lebenszeichen von sich gab, mit Lumpen den Hals abgeschnürt und dann die Leiche mit Heu und Stroh zugedeckt. Es besteht der Verdacht, daß die Hausinsassen Anton und Eva Bonifaciewicz den Greis ermordet haben, weil er ihnen zur Last fiel. Die beiden maßstäblichen Wörder sind verhaftet worden.

Totenliste wächst: 42 Opfer in Bentley.

Doncaster (Grafschaft York), 23. November.

Das furchtbare Grubenunglück in Bentley hat bis jetzt 42 Opfer gefordert. Jede Hoffnung, die fünf noch eingeschlossenen Bergarbeiter zu befreien, mußte aufgegeben werden.

Warum noch immer nicht Pfennigrechnung?

Dem „Vorwärts“ wird geschrieben:

Wenn man die Straßen und Märkte durchwandert, muß man feststellen, daß noch immer bei einer ziemlich großen Anzahl Händler die Kaufpreise auf 5 Pf. nach oben abgerundet werden. Man sieht da z. B.: 2 Pfd. Rübsen 35 Pf., 1 Pfd. 20 Pf., 2 Pfd. Kefel 25 Pf., 1 Pfd. 15 Pf., 10 Pfd. Kartoffeln 35 Pf., 3 Pfd. 20 Pf. Wehlisch ist es bei Butter und Fleischwaren: 1 Paar Würstchen im Gewicht von 135 Gr. werden bei einem Bündelpreis von 1 M. nicht mit 27, sondern mit 30 Pf. berechnet. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Wenn man bedenkt, daß für derartige Lebensmittel ebensoviel oder mehr ausgegeben wird als für Brot, bei welchem man sich aufs Äußerste und mit Recht bemüht, den Preis um 1 oder 2 Pf. zu senken, so liegt der Widerspruch zutage. Am meisten leiden unter dieser Unsitte der Aufzucht die Arbeiter, die nur kleine Quantitäten kaufen können. Da der einzelne nicht viel ausrichten kann, wäre es bei der riesengroßen Not der Zeit angebracht, daß in dieser Hinsicht behördlicherseits etwas Durchgreifendes geschieht. Die Leser des „Vorwärts“ werden von dem Vorstehenden nicht in so starkem Maße wie die übrigen Konsumenten betroffen, da sie den größten Teil ihres Bedarfs in der Konsumgenossenschaft decken, die von Anfang an die Pfennigrechnung eingeführt hat.

Severing spricht heute.

Karl Severing spricht heute abend in einer republikanischen Jugendkundgebung im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Str. 3, 20 Uhr. Thema: „Sturm über Deutschland! Ausbruch oder Verderben?“ Das Wort nehmen ferner die Genossen cand. jur. Kurt Bley, Regierungsrat Dr. Hans Ruhle und Regierungsrat Dr. Walter Kolb. Für die republikanischen Schüler spricht Siegfried Keiling. Genosse Bruno Schönicht rezitiert. Fanfaren des Reichsbanners, Fahnen, Lieder. Jugendliche und Erwerbslose 25 Pf., Erwachsene 50 Pf. Waffen heraus!

Beteldigung Jörgiebels noch einmal vor Gericht

Vor der Strafkammer des Landgerichts I wird jetzt zum dritten Male gegen den Arbeiter Heinrich verhandelt, der in der Verurteilung vom 7. November vorigen Jahres den Polizeipräsidenten Jörgiebel tödlich beteldigt hatte. Das Schöffengericht hatte ihn zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, die Berufungsinstanz die Strafe auf vier Monate herabgesetzt, das Reichsgericht aber der Revision der Verurteilung stattgegeben. Die neue Verhandlung, für die drei Tage festgesetzt sind, soll die Vernehmung einer großen Anzahl von Zeugen bringen. Es kann also ein neues kommunistisches Theater werden.

Der Vorsitzende teilt zu Beginn der Sitzung mit, daß die Staatsregierung die Ausfertigung über amtliche Angelegenheiten für die Zeugen Jörgiebel, Orzejinski und Heilmannsborg verweigert.

Neuer Betrugsfall.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den früheren Inhaber der bekannten Berliner Seidenfirma Gustav Cordt, Günter Schmidt-Lorenzen, auf Grund mehrerer Anzeigen ein Ermittlungsverfahren wegen des dringenden Verdachts des Kontrovergebens eingeleitet. Schmidt-Lorenzen soll, während das Inkassatorium für seine Firma, das 1929 zustande kam, noch schwedisch, sowohl umfangreiche Warenbestände an eine neugegründete G. m. b. H. wie erhebliche Vermögenswerte an seine Frau verschoben und dadurch seine Gläubiger benach-

teiligt haben. Außerdem wird ihm nachgesagt, daß er zu einer Zeit größter finanzieller Schwierigkeiten für seine Firma einen unangemessenen persönlichen Aufwand getrieben habe.

Alfred Adler spricht für Erwerbslosenküche.

Auf Einladung der Gesellschaft zur Förderung Individualpsychologischer Arbeit sprach im Bürgeraal des Schönberger Rathauses Dr. Alfred Adler, Wien, der bekannte Sozialist und Individualpsychologe, über „Grundfragen und Prinzipien der Gemeinschaft“. Der Vortrag zeichnete mehr in Umrissen und geistvollen Andeutungen als durch abgerundete Beweisführung ein Bild der Notwendigkeit menschlicher Bindung in der Gemeinschaft. Nicht nur gesellschaftliche und biologische Gründe weisen den Menschen zur Gemeinschaft, sondern auch seine eigene Glücks- und Lebensfähigkeit, da nur die Gemeinschaft in der Lage ist, dem Menschen eine Parole zu geben. In der Erziehung des Kindes zum Gemeinschaftsgefühl, die besteht sein muß, das Kind durch Ausbildung seiner Kontaktfähigkeit, d. h. seiner Entscheidungsfähigkeit zur Mitarbeit aus den engen Mauern der Familiengemeinschaft zur größeren Klassen- und Volksgemeinschaft hinzuführen, sieht Adler eines der wichtigsten pädagogischen Prinzipien — die Erziehung des Menschen zum „Mitemenschen“. — Weiter blieben in diesem Zusammenhang wichtige Fragen, wie z. B. sozialistische, politische, kollektivistische Ideen der Gemeinschaftsbildung unberührt. — Der Vortrag des gutbesuchten Vortrags stieß in die Reihen des neugegründeten Vereins „Gemeinschaftsküche, Verein für Erwerbslosenpflege“, der nach Frankfurter Muster Erwerbslosenküchen als Selbsthilfeeinrichtungen von Erwerbslosen in Berlin einzurichten im Begriff ist.

Dachstuhlbrand in Weihensee.

Durch ein Feuer wurde gestern nachmittags der Dachstuhl des Wohnhauses Brenzlauer Promenade 13 in Weihensee nahezu völlig zerstört. Die Feuerwehr war längere Zeit mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten tätig. Der Brand ist vermutlich durch Funkenflug aus einem schadhaften Ofen entstanden.

Republikanische Jugendkundgebung des Jungbanners Wedding: Das Jungbanner Wedding, die Jugendabteilung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Berlin-Wedding veranstaltet am Dienstag, den 24. November 1931, 20 Uhr, im Ewinemünder Gesellschaftshaus, R. 31, Ewinemünder Straße 42, eine große republikanische Jugendkundgebung.

Sport.

Trabrennen in Mariendorf am 23. November.

Preis vom Spittelmarkt: 1. Trifolium (G. Mills); 2. Angara; 3. Landreider; 4. Arztrüger. Toto: 18:10. Platz: 14, 16, 11, 12:10. Ferner: Hefer; Prings; Jodel; (J. o. W.); Freda; Fasan; Vordar; Nafette; Juchall; Greel; Waustramp; Johannianacht.

Preis von Charlottenburg: 1. Uderline (G. Mills); 2. Dante; 3. Antwort. Toto: 20:10. Platz: 13, 30, 23:10. Ferner: Hefer; Mandelstein; Charlie M.; Schautmalch; Nestor; Eugenes Mädchen; Eruster; Ora Seeburg.

Preis der Deutschen Traber-Zeitung: 1. Aclafie (G. Trifolium); 2. Udermeister; 3. Pflanze; 4. Marica. Toto: 42:10. Platz: 12, 11, 12, 14:10. Ferner: Hefer; Itania; Chyrene; Fahrweil; Christoph; Sattre; Adress; Teräthen; Garmerlin; Wiedermann.

Preis vom Roland: 1. Romädie (G. Mills); 2. Cellonair; 3. Union; 4. Almasch. Toto: 102:10. Platz: 17, 16, 11, 17:10. Ferner: Hefer; Sontro; Tomante; Kapitän; Mailer; Marcostrasser; Silde; Rittschler; Wisa; Deibler; Sofrates; Luister; Marwara; Riker Peter; Lado Neist; Bafelisch; Al. Vergamor.

Preis vom Reichsverband: 1. Kurirak (G. Trömming); 2. Ranora; 3. Gellia; 4. Banco Duff. Toto: 33:10. Platz: 15, 21, 13, 30:10. Ferner: Hefer; Fredegundis; Toleric; Barkenmädchen; Königsdler; Roglich; Elfo Ellen; Interallant; Dawson; Wotts; Merriau jr.; Basser; Garrel; Tam.

Preis von Alt-Berlin: 1. Fabula (Mebel); 2. Dampmann; 3. Rini; 4. Haterlos. Toto: 33:10. Platz: 15, 25, 25, 19:10. Ferner: Hefer; Kalina; Internoll; Berelina; Oraker; Konstella; Biabel; Parlas; Plure; Deberlin; Odenhof; Bedonia; Rastier; Pelmig; Imperator; Peter Auzerl; Teräthen; Gotta Rico; Champtanon.

Preis vom Landwirtschaftsministerium: 1. Minise (G. Schön); 2. Tullia; 3. Bieligelber; 4. Anderta. Toto: 180:10. Platz: 18, 18, 13, 26:10. Ferner: Hefer; Eppel; Anne; Beis; Lec; Hellotop; Dpal; W. Co-waldb; Petrie; A. Woll; A. Deutela; Pata Morgana.

Preis von Vitzgrün: 1. Emma (J. Mills); 2. Gerland; 3. Deben; 4. Peter Bruffel. Toto: 117:10. Platz: 23, 27, 29, 26:10. Ferner: Hefer; Bergengrüb 1 (als 2. Disqualifiziert); 80 Bros. Fleck; Eick; E. J. Kara; Gelle; Ruedaga; Rev; Gini; Duff; Baccard; G. Gut; G. Uten-spiegel; Sobal; Erlon; Gella; Limalo; Doria; Seibelme.

Weisse Zähne: Odol-Zahnpasta

Der Staat und die Banken.

Kalte Privatfrierung für Danat- und Dresdner Bank. — Zerfallene Bankenpläne.

Die im folgenden kritisierten Zusammenhänge klingen andeutungsweise auch in den Leisungen an, die der Reichskanzler gestern als Ergebnis der Arbeiten des Wirtschaftskomitees bekanntgegeben hat. Zum Thema „Bankenorganisation“ heißt es in diesen Leisungen, daß insbesondere auch auf die Stärkung der örtlichen Kreditrichtungen im Interesse einer ausreichenden Versorgung der mittleren und kleinen Unternehmungen Bedacht zu nehmen sei. Wir hören übrigens, daß die Reichsregierung daran denke, eine Verbindung zwischen der Danat und einer noch unabhängigen privaten Berliner Großbank herzustellen.

Vier Monate sind verfloßen, seitdem das Reich die Bürgschaft für die Verbindlichkeiten der Danat-Bank übernahm und der Dresdner Bank mit einem Kapital von 300 Millionen Mark beistand. Aber bis zum heutigen Tag ist noch keine Klarheit über das weitere Schicksal dieser beiden Großbanken geschaffen.

Bei der Danat-Bank

tauchte zunächst der schöne Plan auf, die Aktienmehrheit der Privatindustrie in die Hände zu spielen, das für diesen Zweck notwendige Geld hingegen für zunächst fünf Jahre vom Reich vorzuschießen. Man wollte also nicht weniger als eine Privatfrierung auf Kosten des Reichs. Bei der Dresdner Bank hatte man zunächst gar keine Vorstellung, wie der Kapitaleinfluß wieder in private Hände hinübergespielt werden könnte. Trotzdem war man insbesondere in der Generalversammlung eifrig bemüht zu beteuern, daß das Institut nach wie vor im privatwirtschaftlichen Sinn geleitet werden sollte. Was man sich darunter vorstellen soll, wurde nicht verstanden.

Inzwischen hat man anscheinend den eigenartigen Plan der Privatfrierung der Danat-Bank mit öffentlichen Mitteln begraben. Es sieht so aus, als seien den großindustriellen Fächern die Trauben zu sauer geworden. Denn an sich hat ja die Danat-Bank unter der Reichsgarantie nichts zu fürchten, und überdies würde faktisch das Aktienpaket vom Reich bezahlt werden. Der wirkliche Grund für das Fallenlassen des Planes dürfte vielmehr in dem energischen Widerstand zu suchen sein, der von der Sozialdemokratie gegen seine Durchführung geleistet wurde. Er scheint die Regierung überzeugt zu haben, daß die Durchführung dieser Transaktion einen unerhörten Skandal darstellen würde. Aber auch in der Frage des

Schicksal der Dresdner Bank

scheint man eingeleben zu haben, daß man dieses Institut nicht auf die Dauer als öffentlich beherrschtes Unternehmen in privatwirtschaftlichem Sinn leiten kann und daß nur zweierlei möglich ist: entweder behält man den Einfluß des Reichs auf die Dresdner Bank bei und zieht daraus die notwendigen Konsequenzen für die Betätigung der Bank oder leitet das Institut allmählich in private Hände über.

Aber gerade aus dieser Erkenntnis heraus sind starke Bestrebungen entstanden, die Privatfrierung der beiden heute unter Reichseinfluß stehenden Großbanken in die Wege zu leiten. Dabei waren die treibenden Kräfte so glücklich, die heute allgemein gewordene Abneigung gegen die Bevorzugung der Großunternehmungen durch das moderne Bankwesen in den Dienst ihres Planes zu stellen.

Die neuen Pläne.

Man argumentiert etwa folgendermaßen: Im Bankwesen herrscht eine starke Konzentration. Eine Provinzbank nach der anderen ist verschwunden oder wurde von Großbanken aufgelesen und in ihr Filialnetz einbezogen. Damit ging eine Zentralisierung der Bankgelder und Bankgeschäfte in Berlin Hand in Hand. Die Provinz, die die Kapitalien zum großen Teil aufbringt, wird immer mehr von ihnen entblößt. Die zentralen Geschäfte überwachen gegenüber den provinziellen Geschäften, d. h. aber im allgemeinen die großen Geschäfte gegenüber den kleinen Geschäften. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist also die einseitige Bevorzugung der Großindustrie und die Vernachlässigung der Mittel- und Kleinindustrie. Auf diese Weise wurde aber der Großindustrie zuviel Kapital zugeleitet; ihre übermäßige Ausblähung, ihr Uebermaß an Fehlinvestitionen warztelt zum großen Teil in der Zentralisierung des Bankwesens. Eine Gesundung der Industrieverhältnisse setzt also voraus, daß diese Entwicklung wieder rückgängig gemacht wird. Es müßten daher die Großbanken in Provinzbanken aufgelöst werden bzw. ihre Provinzfilialen in selbständigen Provinzbanken vereinigt werden.

An dieser Argumentation ist soviel richtig, daß tatsächlich die Großbanken in den letzten Jahren das großindustrielle Geschäft einseitig bevorzugt. Sie haben es aber deshalb, weil es ihnen viel gewinnbringender und einfacher erschien als das kleinere Geschäft. Man konnte hier eben, solange die Konjunktur aufwärts ging, verhältnismäßig mühelos und mit einem Schlag Verdienste an sich ziehen, die beim kleinen Geschäft erst durch eine Unsumme von einzelnen Geschäftssätzen zu erzielen waren.

Aber es handelt sich bei dieser Frage nicht um den Gegensatz dezentralisiertes oder zentralisiertes Bankwesen, sondern um den Gegensatz spekulierendes und großindustrielles oder gewisshafte Verwaltung des volkswirtschaftlichen Kapitals. Zum Beweis dafür müge angeführt werden, daß die Kreise, die heute am stärksten die Auflösung der Großbanken in Provinzbanken propagieren, im Rheinland sitzen, also gerade die Interessen derjenigen Industrien vertreten, in denen heute die Konzentration am allerstärksten vorgebrungen ist.

So berechtigt also das Bestreben ist, die Banktätigkeit gleichmäßiger, als es bis jetzt der Fall war, allen Industriezweigen zuzuteilen, so kommt es zu dem Ergebnis, daß die Banktätigkeit nur so bedarf es zur Erreichung dieses Zieles nicht der Rückwärtsentwicklung des Kreditwesens und der Zerstückelung der Großbanken, sondern nur einer

inneren Reform der geschäftlichen Grundzüge der Banken.

Die Frage, wie weit die Großbanken ihren Filialen größere Selbständigkeit geben sollen, ist dann nur eine technische Frage, wenn man sich einmal über die Grundzüge der Geschäftstätigkeit im Klaren ist. Dies aber ist keine technische Frage, sondern eine Frage der Bestimmung. Solange die Banken ausschließlich vom kapitalistischen Gewinnstreben beherrscht sind, werden sie auch ihre Grundzüge danach einrichten.

Nun steht aber hinter dem ganzen Gerede von der Dezentrali-

fallon der Großbanken nichts anderes als die offene oder verdeckte Absicht, die beiden Großbanken, die heute unter Reichseinfluß stehen, in ihre Atome aufzulösen, damit die Privatwirtschaft sie um so leichter schlucken kann. Man will also Banken, die heute unter öffentlichem Einfluß stehen, wieder der rein privatkapitalistischen Sphäre und Bestimmung unterwerfen, und tut so, als ob man gerade damit der Neigung zum Großverdiensten entgegenarbeiten könnte.

Daneben hofft man auch auf ein gutes Privatgeschäft. Bei einer Zerstückelung der beiden Banken würden nämlich die Geschäfte mit den großen Verlusteinstößen an der Zentrale hängen bleiben und müßten vom Reich betreut werden. Der gesunde Kern der Geschäfte hingegen fiel der Privatwirtschaft zu.

Es ist immer das alte Lied: das Privatkapital ist schon längst nicht mehr so privatwirtschaftlich gestimmt, um sich nicht für eine Sozialfrierung seiner Verluste zu begeistern; aber alle Gewinnchancen müssen ihm reiflos vorbehalten bleiben. Das ist die moderne Arbeitstellung nach dem Sinn des Privatkapitals, die Verluste dem Staat, die Gewinne der Privatwirtschaft.

Der Weg, der heute vom Staat bei den beiden von ihm beeinflussten Großbanken beschritten werden muß, ist klar vorgezeichnet.

Zunächst muß der öffentliche Einfluß in der Führung und Verwaltung der beiden Institute so weit ausgedehnt werden, als es dem Kapitalanteil des Reichs bzw. seiner Stellung als Garant entspricht. Dann wird man an eine engere Zusammenarbeit der beiden Institute denken müssen, wobei insbesondere in der Provinz das häufige Gegeneinanderarbeiten durch eine Vereinheitlichung des Filialnetzes ausgeschaltet werden muß.

Weiter werden die Geschäfte der beiden Institute ihrem Charakter als öffentlich beeinflussten Einrichtungen angepaßt werden

müssen. Das bedeutet, daß die reinen Spekulationsgeschäfte ausgeschaltet und die Emissions- und Konfiskationsgeschäfte auf das Maß zurückgeführt werden, das mit der Banktätigkeit als solcher unrennbar verbunden ist. Das fällt also im wesentlichen auf eine Umwandlung der beiden Banken in Depositenbanken mit mittlerem Industrie- und Handelsgeschäft hinaus. Und schließlich wird es die wichtigste Aufgabe sein die auf diese Weise umgestellten Kreditinstitute in das öffentliche Bankwesen organisch einzugliedern.

Das Reich hat es nicht nötig, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben und die beiden von ihm beherrschten Banken auf dem Umweg über die „Dezentralisierung“ der Privatwirtschaft in die Arme zu treiben. Das mit dieser „Dezentralisierung“ angeblich verfolgte Ziel wird viel besser und ohne Sozialfrierung der Verluste dadurch erreicht, daß der öffentliche Einfluß auf die beiden Banken ausgebaut und sie in den Dienst wahrhaft volkswirtschaftlicher Interessen gestellt werden.

Pfundentwertung / Schiffahrtsabkommen. Schwere Differenzen zwischen Deutschen und Engländern.

Die Entwertung des englischen Pfundes hat in der Schiffahrt Verhältnisse geschaffen, die das deutsch-englische Reederei-Abkommen gefährden. Vor wenigen Wochen waren die deutschen Reedereien an die Engländer mit dem Ersuchen herantreten, ihre Frachtsätze entsprechend der Pfundentwertung zu erhöhen. Diesen Vorschlag haben die Engländer jedoch abgelehnt.

Die Situation hat sich jetzt insofern verschärft, als das deutsch-englische Abkommen vorschau, daß deutsche Schiffe in dem Hafen Southampton selbst nicht anlegen sollten. Der deutsche Dampfer „Cap Arcona“ von der Hamburg-Südamerika-Linie hat nun dieser Tage in Southampton angelegt, was von den Engländern als ein Bruch des Abkommens aufgefaßt wird. Ob die Differenzen noch einmal beigelegt werden können, erscheint bei der schwierigen Situation, die die Pfundentwertung für die internationale Schiffahrt geschaffen hat, mehr als fraglich.

Wie steht der Stahltruff?

Der Aufsichtsrat gibt schwere Verluste zu.

Die scharfe Kritik, die in den letzten Wochen von der sozialistischen Wirtschaftspresse und auch einem Teil linksbürgerlicher Organe an der Wirtschaftspolitik und der Betriebsentwicklung des Stahltruffs geübt wurde, hat den Aufsichtsrat dieses mächtigsten schwerindustriellen Unternehmens in Deutschland veranlaßt, eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrates einzuberufen. Die Kritik der Öffentlichkeit muß also beim Stahltruff den Kern der Dinge getroffen haben, denn sonst hätten sich die selbstherrlichen Magnaten an der Ruhr kaum veranlaßt gesehen, wenige Wochen vor der Veröffentlichung der Jahresbilanz eine beruhigende Erklärung vom Stapel zu lassen.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die vorliegende Mitteilung des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke A.-G. ein Muster an Unklarheit. Trotzdem ist zwischen den Zeilen genug zu lesen. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß Produktion und Umsatz im allgemeinen ihren Tiefstand erreicht haben dürften. So sei die Rohstahlproduktion gegen 8500 Tonnen im September auf rund 9400 Tonnen seit dem 1. Oktober je Arbeitstag gestiegen. Diese Besserung ist aber im wesentlichen auf die zusätzlichen Aufträge der Reichsbahn für Oberbaumaterial zurückzuführen. Die wichtige Frage der Eisenerze, die wir unten näher behandelt haben, wird in der Verwaltungserklärung damit umschrieben, daß „die Rohstoffzufuhr nicht in vollem Umfang (1) dem Auftragsbestand entsprechend eingeschränkt werden konnte“. Inzwischen aber seien sowohl die Produktion wie die Rohstoffzufuhr dem gestiegenen Auftragsbestand angepaßt worden. Zu den Schulden bemerkt der Bericht, daß familiäre kurzfristigen in- und ausländischen Schulden in den Bankguthaben und den Forderungen bis auf einen „verhältnismäßig kleinen Teil“ volle Deckung finden. Der ungedeckte Rest wird durch die Vorräte um ein Mehrfaches überdeckt. Diese gewundene Erklärung wird etwas durchsichtiger, wenn man sich die Vorratswerte des vergangenen Jahres ansieht. Diese stellten sich in der letzten Bilanz auf rund 270 Millionen Mark und mußten sich bei Abschluß des Geschäftsjahres 1930/31, also am 30. September, infolge des ständig verschlechterten Abganges sowohl bei der Kohle wie beim Eisen nach erheblich gesteigert haben. Wenn also „der verhältnismäßig kleine Teil“ der ungedeckten kurzfristigen Schulden von den Vorräten um ein Mehrfaches überdeckt wird, so dürfte sich dieser kleine Teil doch immerhin auf reichlich 50 bis 60 Millionen Mark belaufen.

Zum Schluß bemerkt der Bericht lakonisch, daß trotz des starken Umsatzrückganges „ein größerer Teil der erforderlichen Abschreibungen verdient worden ist“. Die Abschreibungen im vergangenen Jahr, die schon gekürzt wurden, um noch eine vierprozentige Dividende auszuzahlen, beliefen sich auf 80 Millionen Mark. Der Abschreibungsbedarf im abgelaufenen Geschäftsjahr müßte weit höher liegen, da der Stahltruff auf der Jagd nach höheren Ertragsquoten eine Anzahl von freien Werken aufgelassen hat, die wegen ihrer Unrentabilität dann stillgelegt werden mußten. Bei vorsichtiger Schätzung wird also der Abschluß des Stahlvereins mindestens einen Verlust von 45 Millionen Mark aufweisen. Inwieweit die Bilanz bei einem derartigen Verlustausweis noch „verschönt“ worden ist, wird sich erst bei der Vorlage des Geschäftsberichts und der einzelnen Abschlußziffern ergeben.

Stahlverein und Schwedenerze.

Teilweise eingestellte Lieferungen. — Die Verluste aus den Verträgen.

In den letzten Tagen wurde gemeldet, daß zwischen dem Grägesberg-Truff und den Vereinigten Stahlwerken eine Vereinbarung zur Einstellung der 1931 noch fälligen Lieferungen getroffen worden sei. Man hört dazu jetzt in näheres, freilich wieder nicht von den Vereinigten Stahlwerken selbst.

Die Schweden sollen die deutschen Empfänger von der Annahme derjenigen Liefermengen befreit haben, die bisher im Jahre 1931 aufgeschoben worden war. Für den Rest des Jahres seien die Lieferungen zwar fortzusetzen, aber doch in geringerem Umfang als bis-

her. Anfang 1932 soll von neuem über die Erzverträge verhandelt werden. Es ist also für die Zeit von 1932 bis 1942 noch nichts Endgültiges festgelegt. Ueber den von den Schweden für ihre Konzessionen verlangten Preis verlautet noch nichts.

Das „Berliner Tageblatt“ unterstreicht mit seinen Angaben über den Vertragsinhalt sehr nachdrücklich die von uns immer in der Vordergrund gestellte unwirtschaftlichkeit der Verträge. Für die Verträge von 1933 bis 1942 seien die abgenommenen Mengen zwar etwas geringer festgelegt, die Preise seien aber noch höher als diejenigen für die Verträge bis Ende 1932. Außerdem sollen die laufenden Verträge eine Klausel enthalten, nach der die deutschen Käufer bei steigenden Erzpreisen höhere Preise zahlen müssen, während bei sinkenden Weltmarktpreisen eine Ermäßigung nicht eintritt. All das entspricht den von uns immer wieder gemachten Feststellungen, daß ohne jede Rücksicht auf die konjunkturelle Entwicklung von den deutschen Partnern Vertragsbedingungen eingegangen sind, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geradezu wahnhaftig genannt werden müssen.

Wie groß angesichts solcher Preis Klauseln die Verluste sein müssen, möge man aus folgenden Angaben entnehmen: Von September 1930 bis September 1931 ist der Preis für spanische Erze von 19,10 auf 13,50 Mark, für Erze aus der Bretagne von 12,31 auf 9,55 Mark gesunken. Das sind Rückgänge um rund 30 bzw. 25 Proz. Demgegenüber sind mit den Schweden von den deutschen westlichen Stahlkonzernen mindestens festbleibende Preise ausgemacht. In den ersten zehn Monaten 1930 sind insgesamt 12,24 Millionen Tonnen Erze nach Deutschland eingeführt worden, im ganzen Jahre 1930 waren es 13,89 Millionen Tonnen. Von diesen letzteren kamen 6,73 Millionen Tonnen auf Schwedenerze. Davon wieder fast 99 Proz. auf die westlichen deutschen Stahlkonzerne. Für diese 6,73 Millionen Tonnen darf bei einer Ueberzahlung von 5 Mark je Tonne im Laufe eines Jahres ein Verlust von rund 34 Millionen Mark angenommen werden. Nimmt man an, daß auf den Stahlverein die Hälfte der Schwedenerze entfällt, so müßte für 1930/31 der Jahresverlust von 15 Millionen Mark, von dem wir sprachen, noch übertroffen

Der französische Auzenhandel. In den ersten zehn Monaten 1931 betrug die französische Einfuhr 36,5 Milliarden Franken gegenüber 43,7 Milliarden in der gleichen Zeit des Jahres 1930. Gleichzeitig ist die Ausfuhr wesentlich stärker zurückgegangen, nämlich von 36,2 Milliarden auf 25,9 Milliarden Franken. Während im vergangenen Jahr der Einfuhrüberschuss 7,57 Milliarden Franken betrug, machte er jetzt bereits 10,56 Milliarden aus, so daß man für das volle Jahr 1931 mit einem Einfuhrüberschuss von etwa 12 Milliarden Franken, etwa 2 Milliarden Mark, rechnen kann.

Ihr Herz

macht mehr als 100 000 Zusammenziehungen (Schläge) täglich und das ihr ganzes Leben lang, ohne Ruhe, ohne Pause. Daran ist zu ermahnen, wie wichtig die Pflege und Schonung dieses lebensnotwendigen Organes ist. Schonen Sie Ihr Herz, trinken Sie den bewährten koffeinfreien

Kaffee Hag!

Ihr Arzt wird Ihnen denselben Rat geben, wenn Sie ihn fragen. Die Substanz im Kaffee, die schädliche Wirkungen haben kann, ist einzig und allein das Koffein, und das ist dem Kaffee Hag entzogen. Geschmack und Aroma sind genau so, wie beim gewöhnlichen Kaffee. Sie entbehren also nichts. Kaffee Hag schmeckt ganz vorzüglich

Kaffee Hag ist gesund!

In jedem Pöckel ein Gutzahn 100 Hag - Porzellan oder Kaffee Hag.

Wie die Krise verschärft wird.

Das Pferd wird beim Schwanz aufgezäumt.

„Auflockerung der Tarifverträge“, „Senkung der Gesehungskosten“ sind die neuen Formulierungen uralter Unternehmerwünsche. Die Unternehmer waren — von Ausnahmen abgesehen — immer gegen tarifliche Bindungen und für niedrige Löhne. Wenn es nicht anders ging, dann erklärten sie freilich, auf dem entgegen-gesetzten Standpunkt zu stehen. Aber wie die Konjunktur um-schlug, kehrten sie wieder zu ihrer ersten Liebe zurück.

Verwunderlich ist eigentlich nur, daß gegenwärtig Leute, die nicht zu den Unternehmern rechnen, so tun, als sei doch noch etwas dran an diesen uralten, auf neu gebügelt Unternehmervünschen, als könnte man vielleicht doch damit die Wirtschaftskrise über-winden. Die Reichsregierung hat sich einen „Wirtschafts-beirat“ zusammengestellt, um sich von diesem beschleunigen zu lassen, daß Lohnsenkung und Elastizität der Tarifverträge mit zur Ueber-windung der Krise gehören. Die Schlichtungsbehörden haben das Problem schon vorweg genommen. Die Löhne sind bereits auf der ganzen Linie gesenkt worden, zwei, dreimal in einem Jahr. Die Tarifverträge werden nur noch auf zwei, drei, höchstens sechs Mo-nate befristet, um „elastisch“ zu sein, während noch vor zwei, drei Jahren nur langfristige Tarifverträge die Wirtschaft retten konnten.

Aber das genügt den Unternehmern heute nicht mehr. Man fordert allgemeine Herabsetzung der Löhne auf den Stand von 1927 oder gar auf den von 1913. Natürlich sollen die nominalen Stundenlöhne so herabgesetzt werden, nicht aber die Preise, noch viel weniger die Leistungen oder auch nur die realen Jahreseinkommen.

Damit verläßt man aber das etwas heikle Thema der Gesehungskosten.

Wenn es so gemeint wäre, daß der Lohnanteil an den Ge-sehungskosten fixiert werden soll nach einem bestimmten Ausgangspunkt — etwa 1913 oder 1927 —, dann ließe sich noch darüber reden. Dazu wären jedoch eingehende Untersuchungen notwendig. Es würde sich dann herausstellen — für den Ruhr-kohlenbergbau steht es fest —, daß der Lohnanteil an den Gesehungskosten heute bereits unter den Stand von 1913 gesunken ist.

Die Produktivität, mit ihr die Intensität der Arbeit ist aber seit 1913 ganz außerordentlich gestiegen. Der Mangel einer Produktionsstatistik verhindert leider, diese Steigerung genau zu fixieren. Die Zahlen, die wir darüber kennen, Beobachtungen und Erfahrungen lassen uns die Steigerung der Produktionskapazität durchschnittlich auf 150—200 annehmen, wenn man 1913 = 100 setzt. Sie dürfte nahe an 200 liegen.

Das Arbeitseinkommen hielt mit dieser Steigerung aber nicht gleichen Schritt.

Es blieb immer mehr zurück. Die Arbeiter, Angestellten und Be-amten waren immer weniger in der Lage, die Produkte zurückzu-kaufen, die erzeugt werden. Es genügen dabei immer weniger Arbeiter und Angestellte zur Erzeugung und Verteilung der ab-sehbaren Produkte. Das ist — und nur das ist die Ursache der Arbeitslosigkeit, die seit der sogenannten Rationalisierung ständig steigt. Während diese Steigerung der Arbeitslosigkeit jedoch in den Jahren 1927—1929 infolge der wenn auch unzulänglichen Steige-rung der Löhne sich in einem langsamen Tempo vollzog, stieg sie sehr scharf im Jahre 1930, wo die Löhne zunächst stagnierten, um dann gesenkt zu werden. Wohl setzte damals auch der Preissturz ein, doch dauerte es ziemlich lange, bis auch die Einzelhandels-preise abzuliegen begannen, während die Sozialabgaben noch stiegen, Mieten, Verkehrs-ausgaben usw. stabil blieben.

Der Abstand zwischen Kaufkraft und Produktionskapazität war weiter gestiegen.

Die sinkende Ausnutzung der Betriebsanlagen ließ die Be-lastung der Unternehmungen durch Zinsen, Abschreibungen, Direc-torengehälter usw. immer drückender erscheinen. Die Gesehungskosten mußten gesenkt werden. Man senkte aber nicht den Kapital-dienst durch Zusammenstreichung des unproduktiv gewordenen Ka-pitals, man baute nicht den aufgeschwollenen Leitungsapparat und dessen Gehälter ab, sondern senkte dort die Gesehungskosten, wo sie schon zu niedrig waren: bei den Löhnen und Gehältern.

Die Folge ist, daß die Ausnutzungsmöglichkeit der Betriebsan-lagen infolge der rapide sinkenden Kaufkraft ständig zurückgeht. Und nun fordert man eine noch weitere Senkung der Löhne und das Recht, auch diese beschneidenden Löhne selbst während der Lauf-dauer der kurzfristigen Tarifverträge noch tiefer zu drücken!

Und damit hoffen die Ratgeber der Regierung die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen! Wenn es nicht eine so verflucht ernste Angelegenheit wäre, könnte man über diese Methode, sich selbst das Wasser abzugraben, herzlich lachen. Aber diese wirtschaftliche Schindludererei, den Absatz zu steigern indem man ihn vorher drof-felt, gilt leider, als wirtschaftliche Weisheit.

Ohne feste Tarifverträge gibt es keine feste Kalkulationsbasis. Ohne steigende Löhne gibt es keine Steigerung der Produktion. Nahezu der einzige Anteil an den Gesehungskosten, der den Be-trieben in Form von Aufträgen wieder zufließt, ist der Lohn. Ihn senken, heißt die Quellen der Wirtschaft verstopfen.

tätig seien, durchaus anwendbar. Sie sei als ein Ausnahme-gesetz zu betrachten, und dürfe nicht den Worten, sondern dem Sinne nach ausgelegt werden.

Der Ausgang dieser Klagen ist auch für die Bühnen im Reich von außerordentlicher Bedeutung, da sie die erste Klage ist, die nach dem Erlass der Sparnotverordnung und ihrer Auswirkungen gegen eine Theaterverwaltung, die auf Zuschüsse von behördlicher Seite angewiesen ist, gerichtet wurde.

Die Bühnemitglieder, die mit ihrer Klage abgewiesen wurden, werden voraussichtlich das Oberchiedsgericht in Berlin anrufen.

Hinterm Fleischerladen.

Wie Verkäuferinnen behandelt werden.

Man schreibt uns:

Bei dem Fleischermeister Julius Wischniewski, Charlotten-burg, Pestalozzistr. 19, Filiale Kugsburger Ecke Ansbacher Straße, müssen zwei Verkäuferinnen in einem Bett schlafen. Als der Frau Meisterin darüber Vorhaltungen gemacht wurden, sagte sie dem Gewerkschaftsvertreter, die Verkäuferinnen hätten es selbst gewünscht, zu zweit in einem Bett zu schlafen. Ein zweites Bett ist aber nicht da.

Eine Verkäuferin wurde verdächtigt, 1,75 M. unterschlagen zu haben. Bei der Entlassung wurden ihr die Papiere und das fällige Monatsgehalt von 101,90 M. einbehalten. Ein Gewerkschaftsvertreter will den Streik belegen. Da er sich auch wegen der allzu langen Arbeitszeit beschwert, wird ihm erklärt: „Der Verband sorgt nur dafür, daß immer mehr Gesellen und Verkäuferinnen arbeitslos werden. In Zukunft beschütze ich niemand mehr vom Verband. Wer im Verband ist, wird bei mir verlassen.“

Ein weiterer Fall bei dieser Firma. Eine Verkäuferin wird entgegen den gesetzlichen Bestimmungen mit 14-tägiger Frist zum 15. November gekündigt. Am 5. November konnte die Verkäuferin erst um 4 1/2 Uhr zu Tisch gehen, nachdem sie neun Stunden ohne Essen im Laden stand, weil die Meisterin fort war. Die Ver-käuferin hielt nun ihre zweiseitige Mittagspause ein. Als sie wieder ins Geschäft kam, wurde sie deswegen sofort ent-lassen. Das Gehalt wurde auch in diesem Falle einbehalten. Als der Gewerkschaftsvertreter verhandeln wollte, wurde ihm der Laden verboten. Dabei wurde er beschimpft: „Sie sauler Kerl, tun Sie lieber was. Sie sind dick und fett, arbeiten Sie lieber, als den Ver-käuferinnen das Geld durch Ihre Beiträge aus der Tasche zu ziehen.“

Die Mißstände können erst beseitigt und auch der noch recht primitive Ton, der sich im Fleischergewerbe im Umgang mit den Angestellten erhalten hat, etwas kultiviert werden, sobald alle Gesellen und Verkäuferinnen ihr Interesse daran bekunden, durch den Anschluß an ihre Organisation, den Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband.

Bergarbeiterstreik in Spanien.

Madrid, 23. November. (Eigenbericht.)

In Bilbao streiken zur Zeit 8000 Bergarbeiter. Es ist damit zu rechnen, daß sich weitere 6000 Arbeiter dem Streik anschließen werden.

Wahrheit oder Mache?

Dynamitattentat gegen Streibreaker in Athen.

Athen, 23. November.

Die Polizei nahm hier fünf Kommunisten fest, die vorgefunden ein Dynamitattentat gegen Arbeiter einer Schuh-fabrik verüben, die sich weigerten, an einem Streik teilzunehmen. Bei dem Attentat war nur Materialschaden entstanden. Die Fenster vieler Häuser wurden zertrümmert. Eine alte Frau trug eine Handverletzung davon.

2,84 Millionen Arbeitslose in Japan.

Nach den Angaben des japanischen Innenministeriums hat die Zählung der unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen in den 22 größten japanischen Städten die Zahl von 2840000 Mann ergeben.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich ist in der ersten November-hälfte gestiegen. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen er-höhte sich um rund 22 800 auf 250 955.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Freie, Dienstag, 19 1/2 Uhr, laden die Gruppen: Spandau-Wilhelm-helm; Jugendheim Sportplatz, Schürzger Straße, Friedl-Bell kommt. — Wilmersdorf: Gruppenheim Adlershof, Bismarckstr. 1. Rechte und Pflichten des Betriebsrats. — Schöneberg: Jugendheim Riederfeldweg, Kaffeebrennerei (Mädchenheim, im Keller), Gewerkschaften und Arbeit. — Pentum: Jugendheim Rillingenstr. 48, Zimmer 5. Volkswirtschaftliche Ver-tragsreihe: „Der Wahrheit und die Mehrwerttheorie“. — Gewerkschaftshaus: Engelstr. 24-26, Saal 11. Letztere Reihenfolge. — Wedding: Jugendheim Wilhelmstr. 5, 2 Treppen, Zimmer 11. Arbeitsmädchenabend: Soziale Frauen-vereine. — Reinickendorf: Jugendheim Guntersb. 44. Arbeitstages-berichterstattung. — Lichterberg: Jugendheim Volkstr. 2. Der Jugendliche in der Familie und Freizeit. — Ostend: Jugendheim Riedelstr. 12. Arbeitstages-berichterstattung. — Schon ab 19 Uhr: Berliner Großstadtläden. — Treptow: Jugendheim Glienitz, 3 (am Bahnhof Treptow). Guntersb. kommt. — Landsberger Weg: Ju-gendheim Landsberger Str. 30. Arbeiterführer: „Raci Marx“. — Steglitz: Jugendheim Himmelsstr. 14b. Vom Jungferntagen zum freien Arbeiter. — Köpenick: Jugendheim Bremer Straße. „Wirtschaft“. — Jugendgruppe des Zen-tralverbandes der Schuhmacher: Jugendheim Grotz, Frankfurt Str. 16, 6. 8. Fuß und Räder. — Jugendvereine der Arbeitervereine am 4. Dezember. Zur Aufführung gelangt: „Der arline Kalchauer“, Gedichte von Artur Schnitzler. „Der Schlachtdrummer“, Komödie von Schm. Karten zum Preis von 80 Pf. sind bereits erhältlich.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Freie, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Lichterberg: Jugendheim Guntersb. 44. Arbeitsgemeinschaft: Demokratie oder Diktatur? Vetter: Radom. — Reinickendorf: Jugendheim Guntersb. Str. 18-19. Arbeitstages-berichterstattung. — Treptow: Jugendheim Guntersb. Str. 18-19. Arbeitstages-berichterstattung. — Treptow: Jugendheim Guntersb. Str. 18-19. Arbeitstages-berichterstattung. — Treptow: Jugendheim Guntersb. Str. 18-19. Arbeitstages-berichterstattung.

Schönheit verpflichtet. Wer schön ist, muß erst recht darauf sehen, daß er durch regelmäßigen Gebrauch der guten Chlorodont-Zahnpaste schöne weiße Zähne erhält. Versuch überzeugt. Hüten Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.

Keine Einigung im Ruhrbergbau.

Schlichterkammer eingeseht.

Essen, 23. November.

Nachdem die Lohnverhandlungen der Tarifparteien für den Ruhrbergbau am 17. November gescheitert waren, fanden heute in Essen Parallelnegotiationen vor dem staatlichen Schlichter, Professor Dr. Brahn statt.

Nach einhelfstündiger Beratung wurden die Verhandlungen abgebrochen, da eine Einigung zwischen den Parteien nicht zu erzielen war. Der Schlichter legt eine Schlichterkammer ein.

Die Lohnverhandlungen sowohl für die Eisenindustrie Nordwest wie für den Ruhrbergbau werden am kommenden Donnerstag fortgesetzt.

Vorschau auf das Dritte Reich.

Reichslandbund will Tarifvertrag beseitigen.

Der Reichslandbund Meissen in Sachsen hat eine neue Methode zur Umgehung der Tariflöhne ausgedacht. Er empfiehlt seinen Vertrauensleuten in einem Rundschreiben, die Arbeitnehmer zu kündigen und nach Ablauf der Kündigungsfrist mit denjenigen der Befragten, die im Betriebe bleiben sollen, schriftlich einen von beiden Seiten unterzeichneten Sonder-tarif abzuschließen. Im Interesse der Vermehrung von Beite-rungen wird den Vertrauensleuten weiter empfohlen, für jeden Monat gesondert abzurechnen und sich dabei den Satz: „Weitere Ansprüche bestehen nicht mehr“ mit unterschreiben zu lassen.

In rechtlicher Beziehung ist nach der Meinung des Reichslandbundes Meissen nichts zu befürchten, weil angeblich nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 18. Oktober 1930 eine Kündigung unter Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist für den Fall möglich ist, daß eine Mehrbelastung nicht mehr tragbar er-scheint.

Diese Auffassung ist nicht haltbar. Die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 18. Oktober 1930 bietet die Möglichkeit, Arbeiter zu kündigen zu dem Zwecke des Abschlusses eines Arbeitsvertrages mit niedrigerem Lohn als den im Tarifvertrag vorgesehenen nur für den Fall, wenn der Tarifvertrag abgelaufen ist. Während der Dauer eines Tarifvertrages ist diese Möglichkeit nicht gegeben. Selbst wenn ein Arbeiter im Interesse der Ver-mehrung der Kündigungen einen Arbeitsvertrag mit niedrigerem Lohn als den geltenden Tariflohn abschließt, kann er bei Lösung des Arbeitsverhältnisses mit Erfolg auf Zahlung der Differenz zwischen dem niedrigen und dem Tariflohn klagen.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer halten offenbar den Zeit-punkt für gekommen, einen entscheidenden Schlag gegen alles zu führen, was die Staatsumwälzung im November 1918 den Land-arbeitern gebracht hat. Sie sind nur etwas vorsichtiger. Aber diese Vorsicht zeigt deutlich auf, was der Arbeiterkampf bedeutet, wenn einmal das sogenannte Dritte Reich errichtet werden würde.

ITZ.

Die stärkste Berufsinternationale.

Die Internationale Transportarbeiterföderation hielt dieser Tage in Amsterdam eine Vorstandssitzung ab. Den Bericht erstattete der internationale Sekretär Rathans. Der Generalsekretär Fimmen befindet sich zur Zeit auf einer Reise im fernen Osten. Die Regierung von Britisch-Indien hat ihm sowie dem japanischen Transportarbeitervertreter Yone-kubo das Visum verweigert. Auch die Regierung von Niederländisch-Indien will Fimmen die Einreise nicht gestatten.

Die Mitgliederbewegung der ITZ ist, wie aus dem Tätigkeits-bericht hervorgeht, zufriedenstellend. Der Zuwachs im Jahre 1930 betrug rund 100 000. Die Internationale zählt jetzt 2,37 Mil-lionen Mitglieder. Der Zuwachs entfällt hauptsächlich auf Argentinien, Frankreich, Großbritannien und Spanien. Auch die Finanzlage im ITZ ist gesund, obwohl die Aufhebung der Goldwährung in England gewisse Schwierigkeiten geschaffen hat. Der Beitrag muß fortan in holländischer Baluja entrichtet werden. Der Tätigkeitsbericht wurde einstimmig genehmigt.

Im weiteren Verlauf seiner Beratungen beschäftigte sich der Vorstand eingehend mit der Lage in Polen, sowie mit dem vom Schwedischen Transportarbeiterverband gegen die polnische Regie-rung ergriffenen Maßnahmen. Polen will die auf polnischen Schiffen fahrenden Seeleute zwingen, sich dem tschischen See-leuteverband anzuschließen.

Eine internationale Hafenarbeiterkonferenz soll dem-nächst zur Behandlung des Hafnarbeiterabkommens und zur Klärung der Haltung der Hafenarbeiter bei eventuellen Konflikten in der See- und Binnen-schiffahrt einberufen werden. Gegen die zunehmende Kriegsgefahr nahm der Vorstand eine Ent-scheidung an, worin an alle angeschlossenen Kameraden der Appell gerichtet wird, für den Kampf um die Verwirklichung des demo-kratischen Sozialismus zu rüsten. Der nächste internationale Trans-portarbeiterkongress findet im August 1932 in Prag statt.

Notverordnung gegen Schauspieler.

Gagenstreit vor dem Bühnenschiedsgericht.

Breslau, 23. November.

Das Bühnenschiedsgericht Breslau hatte sich in dreitägigen Verhandlungen mit den Klagen der Mitglieder des Stadttheaters und der Vereinigten Theater wegen der auf Grund der preußischen Sparnotverordnung vom 14. November 1931 vorgenommenen Ge-haltskürzungen zu befassen.

Von den 50 Klagen werden 20 abgewiesen, bei 13 werden die Gagen nach neuen (im Verhältnis zu den von den Theaterver-waltungen verordneten Kürzungen) teils erheblich gemilderten Sätzen gekürzt; bei 17 Klagen wurde die Herabsetzung der Gagen — unter 300 Mark — als unzulässig bezeichnet.

In der Begründung führte Landgerichtsdirektor Winkler aus, die preußische Sparverordnung sei auch auf die Bezüge der Bühnen-künstler, die an durch die öffentliche Hand unterstützten Betrieben



Eine gute Nachricht:

Jede Umhüllung eines **MAGGI**-Suppen-Würfels gilt - auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist - als 1 Gutschein.

Wetterausblick für Berlin: Meist bedeckt, nur zeitweise auf heiternd, keine wesentlichen Niederschläge, Temperaturen etwas höher, auffrischende südöstliche Winde. — Für Deutschland: Im Westen und Nordwesten des Reiches etwas milder mit einzelnen Niederschlägen; im übrigen Deutschland noch keine wesentliche Änderung des herrschenden Witterungscharakters.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind bei den Bezirkssekretariaten in Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Stadtverordnetenfraktion.

Heute, 18 Uhr, Fraktionsführung. Vortrag des Stadtrats Dr. Heua.

Erweiterter Bezirksvorstand.

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes am Donnerstag, dem 28. November, pünktlich 18 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Dienstag, 23. November:

- 1. Kreis, 17 Uhr Gewerkschaftsversammlung im Altersheim Danziger Str. 62. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill. Bericht über: Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill. Bericht über: Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 2. Kreis, Arbeitervereine, Gewerkschaftsversammlung im Heim Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 3. Kreis, Arbeitervereine, Gewerkschaftsversammlung im Heim Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 4. Kreis, Arbeitervereine, Gewerkschaftsversammlung im Heim Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.

Mitgliederveranstaltungen

in nachstehenden Lokalen am Mittwoch, 25. November:

- 1. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 2. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 3. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 4. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.

- 47. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 48. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 49. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 50. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 51. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 52. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 53. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 54. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 55. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 56. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 57. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 58. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 59. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 60. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 61. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 62. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 63. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 64. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 65. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 66. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 67. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 68. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 69. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 70. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 71. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 72. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 73. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 74. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 75. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 76. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 77. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 78. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 79. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 80. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 81. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 82. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 83. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 84. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 85. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 86. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 87. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 88. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 89. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 90. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 91. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 92. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 93. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 94. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 95. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 96. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 97. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 98. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 99. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.
- 100. Abt. Sozial. Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 243. Siegfried Kufhäuser, R. d. A.: „Zur politischen Lage“.

Donnerstag, 26. November.

- 1. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 2. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 3. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 4. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.

Frauenveranstaltungen.

- 1. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 2. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 3. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 4. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Vereinigung sozialdemokratischer Juristen.

Die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Am 23. November sind folgende Mitglieder verstorben: ...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Heute, Dienstag, 19 1/2 Uhr.

- 1. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 2. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 3. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.
- 4. Kreis, Kreisversammlung, Schöneberg, Lützow-Str. 1-3, von 18-19 Uhr. Thema: Die Gewerkschaften in Europa. Referent: Wilhelm Schill.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“: ...

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat am 23. November eine Sitzung abgehalten. Die Beschlüsse sind nachstehend veröffentlicht.



Berlin raucht JUNO

die Cigarette 1/4 M. 6 Stück 20 ¢

ZUNTZ

GUT PREISWERT TEE GESUND ERGIEBIG

Loucheur gestorben.

Ein Vorkämpfer der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Nach einer kurzen Krankheit ist der französische Abgeordnete Louis Loucheur im Alter von 59 Jahren in Paris gestorben. Während in Deutschland gerade in den letzten Jahren der Tod eine unheimliche Ernte unter den führenden Politikern im besten Mannesalter geerntet hat, zeichnen sich im allgemeinen die französischen Staatsmänner durch eine oft erstaunliche Lebensfrist aus. Vielleicht ist dies in Deutschland eine nachträgliche Folge der Kriegsbloade, sowie auch der übermenschlichen Anforderungen, die die Nachkriegsjahre an die führenden Männer stellen, die es übernommen haben, Deutschland aus dem Zusammenbruch von 1918 wieder emporzuführen. Sicher ist es aber auch der vor keiner Gefährdung und persönlichen Verleumdung zurückstehende Kampf, wie ihn bei uns die extremen Parteien zu führen pflegen, der dühnendweise führende deutsche Politiker in ihrer Gesundheit erschütterte und vorzeitig ins Grab sinken läßt. Es muß jedenfalls auffallen, daß während bei uns zahllose Politiker unter 55 Jahren, zum Teil sogar weit unter 50 Jahren, dahingerafft wurden, in unserem westlichen Nachbarlande solche Fälle viel seltener vorkommen. Man könnte sogar meinen, daß die durchschnittliche Lebensdauer französischer Staatsmänner um zehn Jahre länger ist als bei uns.

Louis Loucheur, der vor der Erreichung des 60. Lebensjahres gestorben ist, bildet infolgedessen eine Ausnahme. Gerade bei diesem statischen, kaum ergrauten, lebenssprühenden Mann hätte man am allerwenigsten vermutet, daß er so schnell von der politischen Bühne verschwinden würde, auf der er zweifellos immer größere Rollen, im eigenen Lande ebenso wie international, zu spielen berufen war.

Seine politische Laufbahn war verhältnismäßig kurz, denn der ehemalige Eisenbahningenieur und spätere Fabrikbesitzer in Nordfrankreich trat erst während des Kriegs in der Öffentlichkeit hervor, als er durch sein Talent als technischer Organisator die Aufmerksamkeit der höchsten Stellen auf sich lenkte. Sein eigentlicher Entdecker war Albert Thomas, dessen Nachfolger er als Munitionsminister wurde. Dann war er Mitglied der französischen Delegation in Versailles unter Clemenceau. Aber im Gegensatz zu seinem greifen und engstirnigen Chef war er kein verbohrt Nationalist, vielmehr wandte er sich frühzeitig den Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland zu. Er galt im Parlament von 1919, in das er selber zum erstenmal als Abgeordneter des Nordens gewählt wurde, als ein Finanzgenie, was stark übertrieben war. Er verstand es jedenfalls, mit Zahlen und Sachausdrücken zu jonglieren und imponierte damit den meisten Parlamentariern. Ueber Deutschlands Leistungsfähigkeit hat er dabei zunächst jurdabaren Unsinn geredet, aber sich als einer der ersten wieder auf den Boden der Tatsachen gestellt und im Jahre 1921 mit Walther Rathenau das Wiesbadener Sachlieferungsabkommen abgeschlossen, das beiden Ländern seither zum Vorteil gereichte.

Von dieser Zeit an war Loucheur ein Vorkämpfer der deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und er bemühte sich auch um die politische Annäherung, freilich mit starken Vorbehalten. Er gehörte jedenfalls zu dem engeren Kreis um Briand, der sich in wirtschaftlichen Dingen hauptsächlich durch Beratungen ließ. Er war der eigentliche Vater des Gedankens der Internationalen Wirtschaftskonferenz und auch der Genfer Europakonmission; dort spielte er eine führende Rolle, wie überhaupt die Genfer Tagungen ohne ihn fast undenkbar waren. Er besaß einen maßgebenden Einfluß auf das noch immer stark verbreitete „Petit Journal“, das seit Jahren allgemein als sein persönliches Sprachrohr galt.

Innerpolitisch stand er im Lager der bürgerlichen Linken und war, obwohl Fabrikbesitzer im nordfranzösischen Industrieviertel, bei aller kapitalistischen Grundtendenz durchaus kein verbohrt Reaktionsär. Die Fortschritte der Sozialgesetzgebung in Frankreich während der letzten Jahre sind zum guten Teil sein eigenes Werk. Er gehörte als Handels-, Post-, Finanz- und Arbeitsminister verschiedenen Linkeregierungen an, und half manche Rechtsregierung stürzen. Nach dem erwarteten Linksrad bei den kommenden Neuwahlen wäre Loucheur über kurz oder lang zweifellos Ministerpräsident geworden. Sein früher Tod ist um so bedauerlicher als mit ihm einer der wenigen Staatsmänner verschwindet, die wirtschaftlich bewandert sind ohne zugleich sozialreaktionär zu sein.

Fridt will sabotieren.

Aus dem Reichstag gestochen — aber trotzdem Diktaturlustige

Die Kommunisten hatten kürzlich wegen des Konflikts in der Wandschüre den Zusammenritt des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags beantragt. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses war bisher der nationalsozialistische Abgeordnete Fridt, sein Stellvertreter ist der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann. Als der Abgeordnete Fridt tagelang zu einer Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag nicht zu bewegen war, hat sein Stellvertreter Scheidemann die Fraktionen aufgefordert, ihm mitzuteilen, wie sie zu dem kommunistischen Antrag ständen. Erst daraufhin hat Fridt dem Reichstagspräsidenten mitgeteilt, daß er die verlangte Einberufung des Ausschusses ablehne, weil er ein dringliches deutsches Interesse daran nicht zu erkennen vermöge. Außerdem hat aber Fridt dagegen Verwahrung eingelegt, daß etwa an seiner Stelle der stellvertretende Vorsitzende den Ausschuß einberuft, weil dieser nur bei Behinderung des Vorsitzenden tätig werden könnte. Eine solche Behinderung liege nicht vor, auch bestehe nach der Geschäftsordnung keine Verpflichtung zur Einberufung des Ausschusses.

Die Rechtsauffassung des Herrn Fridt ist in jeder Beziehung falsch. Die Nationalsozialisten haben am 16. Oktober das Verlassen dieses Hauses, also des Reichstags, angekündigt. Sie haben zugleich die Arbeit in allen Ausschüssen des Reichstags eingestellt. Es geht selbstverständlich nicht an, daß die Nationalsozialistische Partei nun einfach die Arbeit derjenigen Ausschüsse lahmlegt, in denen sie den Vorsitzenden stellt. Nichtbeteiligung an der Arbeit der Ausschüsse ist selbstverständlich zugleich Verzicht auf die Funktion in den Ausschüssen. Abgegeben dann kann auch ein Vorsitzender das Zusammenkommen eines Ausschusses nicht verhindern, wenn der Zusammenritt von großen Parteien gefordert wird, zumal, wenn das zuständige Ressort der Reichsregierung mit ihm einverstanden ist.

Die sozialdemokratische Fraktion hat jedenfalls auf die Anfrage des Abgeordneten Scheidemann geantwortet, daß sie für die Einberufung des Ausschusses ist, um die mandatsrechtliche Frage zu besprechen, und daß sie zugleich wünsche, daß zur Behinderung weiterer Sabotageversuche der Auswärtige Ausschuß einen neuen Vorsitzenden an Stelle des Herrn Fridt wählt.

Banfdirektor von heute.



„Großartig, daß Sie kommen, meine Herren! Zu holen ist hier nichts, aber geben Sie mir mal Auskunft: Wie stellen Sie es an, von der Polizei nicht gefriegt zu werden?“

Die Krise des Baumarkts.

Wohnungsnot, aber kein Wohnungsbau. — Von der Hauszinssteuer bleibt nichts für den Wohnungsbau übrig.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags begann am Montag mit der Beratung der sozialdemokratischen Anträge zur Wiedererlangung des Wohnungsbaues und zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Abg. Bernhard (Soz.) äußerte sich eingehend über die Krise des Baumarktes. Nach den Unterlagen des Bauergewerkschaftsbundes betrug die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe 1928: 6,5 Prozent, 1929: 12,5 Prozent, 1930: 47,1 Prozent, bis Oktober 1931: 65 Prozent und jetzt 73 Prozent. Das bedeutet bei einem Umlauf im Baugewerbe von normal 8—9 Milliarden Mark je Jahr einen Lohnausfall von 3,76 Milliarden 1930 und 5,2 Milliarden Mark 1931. Dazu komme, daß nach den Feststellungen des Bundes 270 000 Bauarbeiter mehr als ein Jahr, und 180 000 mehr als ein halbes Jahr arbeitslos seien, während der Bauarbeiter jetzt im Jahre überhaupt nur 17 Wochen beschäftigt werde. Der Ausfall an Wohn-, Sozialbeiträgen und Steuern sei so erheblich, daß sich hieraus schon die Verleumdung der bisherigen Secordnungspolitik ergebe. Auch die Behauptung, daß der Wohnungsbau eingestellt werden könne, weil angeblich kein Wohnbedarf mehr bestehe und viele Wohnungen leer stünden, sei falsch und übertrieben. Nach Feststellungen des Bauergewerksbundes standen in 174 Groß-, Mittel- und kleineren Gemeinden Anfang 1931 6000 Neubauwohnungen, darunter allein in Berlin 1800, leer, gleich

1 1/2 Prozent der Neubauwohnungen in diesen Orten. Der Bedarf an kleinen Wohnungen bestände nach wie vor, er müsse gedeckt werden, um den Arbeitsmarkt wieder zu beleben. Da dies nicht aus Privatmitteln geschehen könne, müsse die öffentliche Hand eingreifen und die Hauszinssteuer wieder dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitzende Abg. Lipinski (Soz.) eruchte die Regierung um Auskunft, was aus der Hauszinssteuer nach den vielen Rotverordnungen noch für den Wohnungsbau übrig bleibe und wieviel Mittel der Hauszinssteuer, die für den Wohnungsbau bestimmt gewesen seien, von den Ländern und Gemeinden für andere Zwecke verwendet worden seien.

Ministerialrat Paasche vom Reichsfinanzministerium schätzte das Auskommen der Hauszinssteuer, nach Abzug der 20 Prozent, die den Hausbesitzern für Erhöhung der Aufwertungsrenten zugewilligt worden seien, für 1932 auf 900—1000 Millionen Mark. Daraus gingen 120 Millionen für die Umschuldung der Gemeinden ab, 700 Millionen würden die Gemeinden für ihren Bedarf beanspruchen, dann seien die Gelder für die Stichtungen und die Zinszuschüsse der Gemeinden für Senkung der Mieten bereitzustellen, so daß tatsächlich nichts für den Wohnungsbau übrig bleibe. Ueber die Summe der nicht für den Wohnungsbau von den Ländern verwendeten Hauszinssteuermitteln vermochte die Regierung keine Auskunft zu geben.

Bolschewistische Geistesfreiheit.

Am Axiom darf nicht gezweifelt werden — sagt Stalin.

Die Kommunisten behaupten, in Russland gebe es zwar keine „bürgerliche“, aber eine „proletarische“ Geistesfreiheit. Wie die aussieht, dafür liefert die „Rote Fahne“ vom 22. November einen schönen Beleg, indem sie einen höchst eigenhändigen Brief ihres Papstes Stalin an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarische Revolution“ (Proletarskaja Revoluzija) abdruckt. Was war geschähen? Die „Proletarische Revolution“ ist die offizielle Zeitschrift einer angeblich „wissenschaftlichen“ russischen Akademie zur Erforschung der Geschichte des Kommunismus. Als solche hatte sie den Artikel eines gewissen Slugki abgedruckt, der nachwies, daß Lenin in der Vorkriegszeit die Gefahr des verstedten Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie (vom Standpunkt des Kommunismus aus), namentlich den Opportunismus Kautskys und seiner Richtung unterschätzt habe. — Derartiges zu behaupten ist in Russland Kezerei, denn es verstößt gegen die offizielle heiligenlegende, wonach der heilige Lenin von Anfang an alles richtig gewußt und vorausgesehen habe. Infolgedessen bekommt die Zeitschrift von Stalin folgenden Ruffel:

„Anstatt, daß ihr diesen neugesalbten „Historiker“ als Verleumder und Fälscher anprangert, laßt ihr euch mit ihm in eine Diskussion ein, stellt ihm eine „Tribüne“ zur Verfügung. Ich kann nicht umhin, gegen die Veröffentlichung des Artikels von Slugki in eurer Zeitschrift als Diskussionsartikel zu protestieren, denn man darf nicht die Frage des Bolschewismus, die Frage, ob Lenin gegen den Zentrismus als eine bestimmte Spielart des Opportunismus einen grundsätzlichen unversöhnlichen Kampf führte oder ihn nicht führte, ob Lenin ein echter Bolschewik war oder es nicht war, in ein Diskussionsobjekt verwandeln.“

Die tödlich erschrockene Redaktion hatte zuvor eine Erklärung abgegeben, worin sie reuig die Zulassung des Artikels Slugkis als einen Fehler bedauerte. Sie wolle jedoch diesen Fehler durch wissenschaftliche Erforschung der ganzen in Frage kommenden Materie wieder gut machen. Damit aber hat die Redaktion nur Öl in die lodernen Zornesflammen des ausgebrachten Parteipapstes gegossen. Dieser fährt die unglückselige Zeitschrift folgendermaßen an:

„Dies bedeutet, daß ihr beabsichtigt, von neuem eine Diskussion über Fragen aufzurollen, die für den Bolschewismus Axiome sind... Allen ist bekannt, daß der Leninismus im rücksichtslosen Kampf gegen den Opportunismus aller Färbungen, darunter gegen den Zentrismus im Besten (Kautsky) und den Zentrismus bei uns (Trojki und andere) entstand, wuchs und erstarkte. Das ist ein Axiom. Ihr aber zerrt uns zurück, indem ihr versucht, das Axiom zu einem Problem zu machen, das der „weitere“ Bearbeitung bedarf. Warum? Aus welchem Grunde? Vielleicht um des faulen Liberalismus willen, damit Slugki und die sonstigen Schüler Trojki nicht sagen können,

daß man ihnen den Mund verstopft? Ein recht merkwürdiger Liberalismus, der vernünftigt wird auf Kosten der lebenswichtigen Interessen (!) des Bolschewismus.“

Und weiter heißt es dann in dem Schreiben Stalins, daß die These Slugkis einfach eine Verleumdung Lenins sei: „Die Verleumdung muß man anprangern, nicht aber zum Gegenstand einer Diskussion machen.“

Die „Rote Fahne“ druckt das alles gehorsam ab. Auch die Behauptung, Rosa Luxemburg habe im Jahre 1905 „ein halb-bolschewistisches Schema der permanenten Revolution aufgestellt“. Sie wagt es nicht, ihre Begründerin gegen den Vorwurf des „halb-bolschewismus“ auch nur mit einem Wort zu verteidigen.

Eine herrliche Art der Geistesfreiheit und der wissenschaftlichen Forschung! Die Reheringquisition des Mittelalters könnte nachsich werden.

Preussischer Richterverein.

Abschluß der Jahrestagung.

Halle, 23. November.

Landgerichtsdirktor Buzel erstattete Bericht über die Arbeiten zur kleinen Justizreform, die nunmehr abgeschlossen sind. Der Preussischer Richterverein wird eine Denkschrift herausgeben, die eine Gesetzesvorlage zur kleinen Justizreform enthalten wird. Der Vertreter des preussischen Justizministeriums, Ministerialrat Willers, begrüßte diese Absicht aufs wärmste. Bei den Neuwahlen wurde Landgerichtsdirktor Dr. Albert Schmidt Berlin zum Vorsitzenden wiedergewählt.

Strammsehen Hauptsache!

Wie sich die Deutschnationalen einen Finanzminister vorstellen

Einem scheinbaren Verbrechen des neuen preussischen Finanzministers Dr. Klepper sind die Deutschnationalen auf die Spur gekommen, weswegen sie im Landtag folgende parlamentarische Anfrage eingebracht haben:

Der neue Finanzminister, Herr Klepper, hat sich im Juni d. J. auf dem Genossenschaftstag in Sminemünde dadurch bemerkbar gemacht, daß er demonstrativ sitzen blieb, als sich die Versammlung zu Ehren des greisen Generalfeldmarschalls von Raden erob.

Hält das Staatsministerium das Verhalten des Herrn Klepper vereinbar mit dem Rang von Lakt, das von einem preussischen Finanzminister erwartet werden muß?

Im alten Reichsstaat erwartete man allerdings von einem Finanzminister, daß er vor jeder Uniform Männchen mochte und vor einem leibhaftigen General in Ehrfurcht erstarb. Heute gibt es für einen Minister allerdings wichtigeres zu tun. Das Staatsministerium hat den Anfragern mitgeteilt, daß es die Haltung Kleppers billige.

